



IGG

Institut für Gesundheit
und Generationen

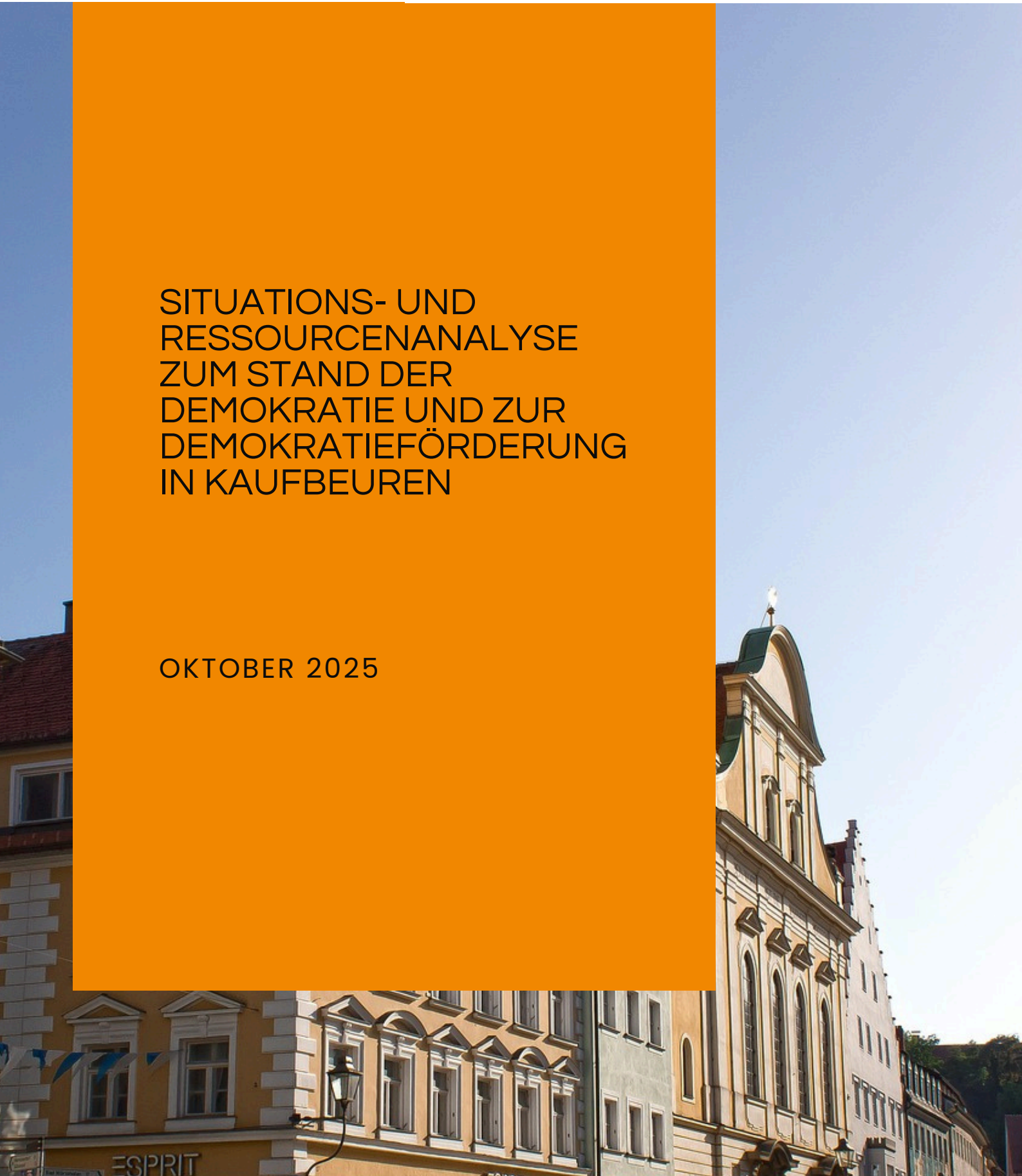
**Hochschule
Kempten**

University of Applied Sciences



SITUATIONS- UND RESSOURCENANALYSE ZUM STAND DER DEMOKRATIE UND ZUR DEMOKRATIEFÖRDERUNG IN KAUFBEUREN

OKTOBER 2025



Impressum

Stadt Kaufbeuren
Kaufbeuren-aktiv, Bildungsbüro
Kaier-Max-Straße 1
87600 Kaufbeuren

Verfasst von:
Dr. Lisa Fischer
Institut für Gesundheit und Generationen
Hochschule für angewandte Wissenschaften Kempten
Bahnhofstraße 61
87435 Kempten

Der Bericht wurde vom Institut für Gesundheit und Generationen der Hochschule für angewandte Wissenschaften Kempten im Auftrag der Stadt Kaufbeuren erstellt.

Oktober, 2025

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Theorie	3
3. Methodik	7
4. Analyse der Ist-Situation, Probleme und Herausforderungen	8
4.1. Raumkontext	9
4.2. Demokratieskepsis und Extremismusverbreitung	11
4.3. Ursachenanalyse	17
5. Analyse der Ressourcen, Bedarfe und Potenziale	19
5.1. Demokratiefördernde Akteure und Netzwerke in der Zivilgesellschaft	19
5.2. Demokratiefördernde Akteure und Netzwerke in der Kommunalpolitik	23
5.3. Ideen zur Stärkung bestehender lokaler Netzwerke	25
5.4. Bestehende Maßnahmen und Angebote zur Stärkung der Demokratie	26
5.5. Potenzielle Maßnahmen und Angebote zur Stärkung der Demokratie	27
6. Empfehlungen zur Stärkung der Demokratie in Kaufbeuren	30
7. Zusammenfassung	35
8. Anhang	38

1. Einleitung

Das vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiierte Bundesprogramm „Demokratie leben!“ verfolgt das Ziel, das zivilgesellschaftliche Miteinander in Deutschland zu fördern, demokratische Werte zu festigen und Erscheinungsformen von Extremismus, Radikalisierung sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzuwirken. Demokratie wird dabei nicht nur als Staatsform verstanden, sondern auch als gelebte Alltagskultur, die auf den Prinzipien Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, Partizipation und Schutz der Menschenwürde beruht. Ein zentrales Anliegen ist es, demokratische Kompetenzen zu stärken und allen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu politischer Mitgestaltung zu ermöglichen. Das Bundesprogramm besteht seit dem Jahr 2015¹. Auf kommunaler Ebene werden im Rahmen der „Partnerschaften für Demokratie“ regionale und lokale Projekte gefördert, die demokratisches Engagement unterstützen, gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und Strukturen schaffen, in denen Bürgerinnen und Bürger aktiv an Entscheidungsprozessen teilhaben können. Im aktuellen Förderzeitraum von 2025 bis 2032 beteiligen sich deutschlandweit 333 Städte und Landkreise. Seit 2015 partizipiert die Stadt Kaufbeuren am Bundesprojekt „Demokratie leben!“.

Ziel des vorliegenden Berichts ist es, eine Situations- und Ressourcenanalyse zum Stand der Demokratie und der Demokratieförderung in Kaufbeuren vorzulegen. Dabei wird untersucht, welche konkreten Problemlagen in Bezug auf die Ziele von „Demokratie leben!“ bestehen, wie stark demokratiefeindliche Grundhaltungen vor Ort verankert sind und welche Ursachen es hierfür gibt. Ebenso wird ermittelt, welche Ressourcen bereits vorhanden sind und welche zusätzlich benötigt werden, um auf aktuelle und künftige Herausforderungen wirksam reagieren zu können. Der Bericht fasst in Kapitel 2 zunächst bisherige wissenschaftliche Erkenntnisse zu Demokratiezufriedenheit, politischer Teilhabe und Demokratieförderung zusammen. Es folgt in Kapitel 3 eine Darstellung der eingesetzten wissenschaftlichen Methoden. Als empirische Quellen zur Erstellung dieses Berichts fungieren ein informelles Gespräch mit der örtlichen Polizei sowie deren schriftliche Beantwortung von Fragen, ein Experteninterview mit einem Beschäftigten der Koordinierungs- und Fachstelle von „Demokratie leben!“, ein Workshop mit Verwaltungsmitarbeitenden sowie Vertreterinnen und Vertretern der Kaufbeurer Zivilgesellschaft und zwei Online-Befragungen. Im Rahmen dieser wurden Netzwerkpartner sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Stadtverwaltung, Stadtpolitik und Sozialarbeit befragt. Die anschließende Situationsanalyse in Kapitel 4 beschreibt Kennzahlen der Stadt Kaufbeuren, beleuchtet unter anderem Formen von politisch motivierter Kriminalität und stellt die Erfahrungen von Netzwerkpartnern und Akteuren aus Stadtverwaltung, Stadtpolitik und Sozialarbeit mit Demokratieskepsis und Demokratiefeindlichkeit dar. Das Kapitel schließt mit einer Ursachenanalyse. In Kapitel 5 werden Ressourcen, Bedarfe und Potenziale der Demokratieförderung identifiziert. Der Fokus liegt dabei auf Akteuren der Zivilgesellschaft, Abteilungen und Stellen innerhalb der Stadtverwaltung sowie dem Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung. Ergänzend werden bestehende wie auch potenzielle Maßnahmen und Angebote zur Stärkung der Demokratie illustriert. Konkrete Empfehlungen zur Gestaltung der Demokratieförderung in Kaufbeuren werden in Kapitel 6 geliefert. Hierfür werden Erkenntnisse aus dem vorliegenden Bericht zusammengefasst, strukturiert und in konkrete Empfehlungen überführt. Die Lösungsansätze umfassen sowohl Möglichkeiten zur Intensivierung der Demokratieförderung als auch Vorschläge zur Ausweitung bestehender Partnerschaften und zur Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen, um die demokratische Kultur vor Ort nachhaltig zu stärken. Kapitel 7 bietet eine abschließende Kurzzusammenfassung des Berichts.

¹ <https://www.demokratie-leben.de/>

2. Theorie

Um den Zustand einer Demokratie bewerten zu können, gibt es in der politikwissenschaftlichen Forschung diverse Kennzahlen, die herangezogen und verglichen werden, darunter die Wahlbeteiligung, die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bevölkerung oder aktive politische Beteiligungsraten beispielsweise im Rahmen von Parteimitgliedschaften. Unabhängig des konkreten Parameters gilt die Annahme, dass ein Mindestmaß an politischer Unterstützung seitens der Bevölkerung unabdingbar ist, um eine intakte Demokratie zu bilden².

Doch was führt zu politischer Unterstützung? Welche Faktoren begünstigen eine hohe Zufriedenheit mit der Demokratie? Dieses Wissen ist notwendig, wenn die Demokratie im Rahmen von Projekten und Aktionen aktiv gefördert bzw. eine Radikalisierung verhindert werden soll. Im Folgenden soll überblicksartig dargestellt werden, welche Faktoren auf individueller sowie regionaler und überregionaler Ebene auf demokratiestützende bzw. demokratiegefährdende Einstellungen und Handlungen wirken.

Abbildung 1 fasst die in der politikwissenschaftlichen Literatur etablierten Erklärungsfaktoren für demokratiestützende bzw. -gefährdende Einstellungen und Handlungen zusammen. Darunter werden sowohl Einstellungen, wie die Zufriedenheit mit der Demokratie oder das Vertrauen in politische Akteure subsumiert, als auch konkrete Handlungen. Letztere umfassen auch niedrigschwelliges Handeln, wie etwa das Wahlverhalten. Zu diesem zählt sowohl die Entscheidung, überhaupt wählen zu gehen, als auch die tatsächliche Wahl einer bestimmten Partei. Grönlund und Setälä (2007) zeigen im Rahmen einer Analyse von 22 europäischen Staaten, dass sowohl das Vertrauen in das Parlament wie auch die Zufriedenheit mit der Demokratie, die Wahrscheinlichkeit, wählen zu gehen, erhöhen³. Reinl und Schäfer (2018) belegen mithilfe von Umfragedaten zur Bundestagswahl 2017, dass im Vergleich mit anderen Wählergruppen, die AfD-Wählerschaft den geringsten Grad an Demokratiezufriedenheit aufweist⁴. In einer im März 2025 durchgeführten Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung gaben insgesamt nur 45 Prozent der Befragten an, mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, sehr zufrieden oder zufrieden zu sein⁵.

Neben der Teilnahme an Wahlen lassen sich auch stärker proaktive Handlungen als demokratiestützend bzw. demokratiefeindlich erfassen, wie die Mitgliedschaft in politischen Gruppierungen. Konkrete politische Aktionen, wie die Teilnahme an Demonstrationen, fallen außerdem unter diese Kategorie. Ebenso politische Gewalt und nicht gesetzeskonforme Protestaktionen.

Demokratische Einstellungen und demokratisches Handeln sind Parameter, die auf Individualebene gemessen werden. Im Rahmen bisheriger Forschung konnte herausgefunden werden, dass ein höherer sozioökonomischer Status sowie eine starke soziale Einbettung positiv auf Einstellungen und Handeln gegenüber der Demokratie wirken⁶. Daneben spielen aber auch individuelle politische Einstellungen eine wichtige Rolle. In einer Studie zur

² Tausendpfund, M. 2021: Zufriedenheit mit der Demokratie, in: Tausendpfund, M. (Hrsg.): Empirische Studien lesen. Einführung in die Praxis der quantitativen Sozialforschung, Springer, Wiesbaden, 13-49.

³ Grönlund, K. & Setälä, M. 2007: Political Trust, Satisfaction and Voter Turnout, Comparative European Politics, 5(4), 400–422.

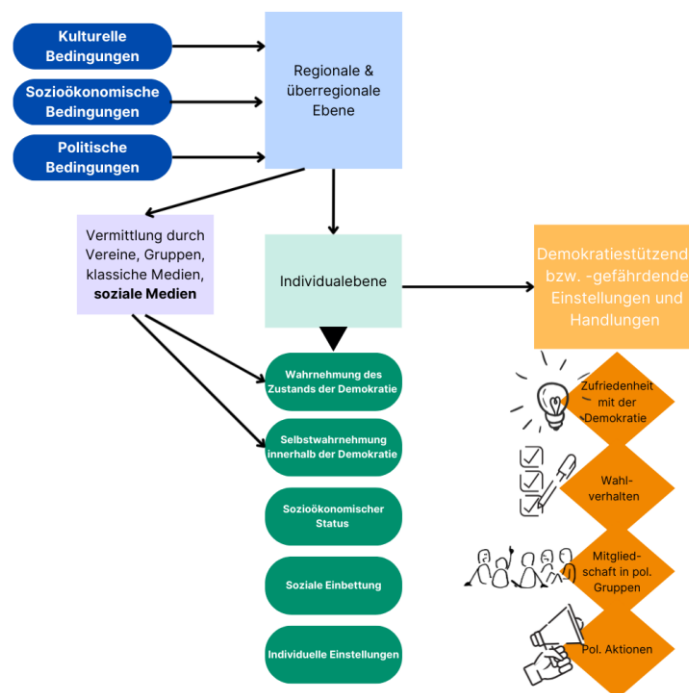
⁴ https://www.pw-portal.de/index.php?option=com_content&view=article&id=40846:hilft-populistisches-waehlen-gegen-demokratiemuedigkeit&catid=154:metaticker-bundestagswahl-2017

⁵ <https://www.kas.de/documents/291186/32772674/grafik-des-monats-2025-07.pdf/69f65953-24f3-a6cf-ced4-ee1b426b1432?version=1.1&t=1752754607427>

⁶ Üblacker, J. & Berg, L. 2020: Räumliche Aspekte rechter Orientierungen, in: Üblacker, J. & Berg, L. (Hrsg.): Rechtes Denken. Rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, transcript, Bielefeld, 17-46.

Wählerschaft der AfD zeigt Lengfeld (2017)⁷, dass sich diese Gruppe vor allem durch mittlere und höhere Einkommen auszeichnet. Eine Modernisierungsverliererthese konnte somit nicht gestützt werden. Diese besagt, dass nicht alle Menschen von gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen profitieren. Darunter vor allem Personen mit niedriger Bildung und geringen beruflichen Qualifikationen. Diese seien daher anfälliger für Populismus und politischen Extremismus. Dieser Zusammenhang hat sich für die Wählerschaft der AfD jedoch nicht bestätigt. Stattdessen wird angenommen, dass politische Einstellungen wie etwa negative Einstellungen zur Zuwanderung, antimuslimische Haltungen oder Kritik an der Europäischen Union die hohen Wahlerfolge der AfD erklären. Damit einhergehend die Vermutung, dass nicht konkrete Verluste, sondern bereits Verlustängste der Bevölkerung die Wahl extremer Parteien begünstigen⁸. In einer aktuellen Studie von Dilger (2025)⁹ zur Wählerschaft der Grünen Parteien in neun west- und nordeuropäischen Ländern wird aufgezeigt, dass diese sich vor allem durch eine hohe Sorge um den Klimawandel auszeichnet, sehr positive Einstellungen gegenüber der EU sowie ein großes Vertrauen in politische Institutionen aufweist. Zudem wählen vor allem Jüngere, Hochgebildete und häufiger Frauen grün.

Abbildung 1: Einflüsse auf demokratische Einstellungen und demokratisches Handeln



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Üblacker & Berg (2020)¹⁰

Auf Individualebene lassen sich nicht nur Erklärungsmuster des Wahlverhaltens identifizieren, sondern auch Theorien zur Erklärung von konkretem Handeln Einzelner finden in der

⁷ Lengfeld, H. 2017: Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer?, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 69, 209–232.

⁸ Dellenbaugh-Losse, M., Homeyer, J., Leser, J. & Pates, R. 2020: Toxische Orte? Faktoren regionaler Anfälligkeit für völkischen Nationalismus, in: Üblacker, J. & Berg, L. (Hrsg.): Rechtes Denken. Rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, transcript, Bielefeld, 47-82.

⁹ Dilger, C. 2025: Voting green or right-wing populist: Ideological poles of a new cleavage? Acta Sociologica, Advance online publication.

¹⁰ Üblacker, J. & Berg, L. 2020: Räumliche Aspekte rechter Orientierungen, in: Üblacker, J. & Berg, L. (Hrsg.): Rechtes Denken. Rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, transcript, Bielefeld, 17-46.

politikwissenschaftlichen Literatur Beachtung: Zur Beschreibung von rechtsextremer Gewalt lässt sich etwa der Desintegrationsansatz von Heitmeyer und Sitzer (2007) heranziehen¹¹. Dieser geht davon aus, dass Menschen, die zu eben dieser Gewalt neigen, in einem oder mehreren der drei Gesellschaftsbereiche - (1) ökonomisch-kulturelle Teilhabe, (2) moralische Anerkennung im Sinne rechtlicher Gleichheit und (3) emotionale Anerkennung im Rahmen von sozialen Beziehungen - mangelhaft integriert sind.

Auch die persönliche Wahrnehmung des Zustands der Demokratie und die Selbstwahrnehmung der eigenen Rolle innerhalb dieser wirkt sich auf Einstellungen und Handeln aus¹². Empirische Ergebnisse zeigen, dass die Demokratiezufriedenheit größer ist, wenn die allgemeine Wirtschaftslage als positiv eingeschätzt wird. Dieser Effekt wirkt stärker als der Effekt der eigenen wirtschaftlichen Lage auf die Zufriedenheit mit der Demokratie¹³. Dass die Wahrnehmung wichtiger ist als tatsächliche Zustände, zeigt eine Untersuchung von Abbondanza & Bailo (2018)¹⁴ aus Italien: Nicht die tatsächliche Kriminalitätsrate wirkt sich auf höhere Wahlergebnisse für rechte Parteien aus, sondern nur die wahrgenommene Kriminalität.

Trotz der hohen Relevanz individueller Faktoren wird davon ausgegangen, dass regionale und überregionale Faktoren einen erheblichen Einfluss auf individuelle Bürgerinnen und Bürger haben und somit deren Einstellungen und Handeln prägen. Kulturelle, sozioökonomische und politische Bedingungen in Städten und Kommunen, auf Landes- oder Bundesebene haben einen Effekt auf die Lebenssituation der Menschen. Über mediale Berichterstattung und Informationsvermittlung etwa in den sozialen Medien werden diese Bedingungen auch indirekt an die Bevölkerung gespiegelt.

Forschungsergebnisse von Jäckle & König (2017)¹⁵ belegen einen Effekt regionaler Bedingungen auf das Handeln Einzelner. Sie zeigen etwa, dass eine starke Verankerung rechtsextremer Einstellungen in bestimmten Regionen zu einer höheren Wahrscheinlichkeit für Gewalt an Geflüchteten führt. Wenn solche Gewalttaten in einer Region bereits passiert sind, senkt dies die Hemmschwelle für weitere Taten.

Es wird davon ausgegangen, dass Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie sowie Präventions- und Deradikalisierungsprogramme an unterschiedlichen Stellschrauben ansetzen können, um positive Effekte für die Demokratie zu erzielen. Grundsätzlich kann zur Kategorisierung von demokratiestützenden Projekten, die von Caplan (1964)¹⁶ ursprünglich für den Bereich Psychologie entwickelte Differenzierung zwischen primärer, sekundärer und tertiärer Prävention angewandt werden¹⁷. Primäre Präventionsprogramme sprechen einen breiten Adressatenkreis an. Darunter fallen allgemeine demokratiefördernde Projekte, ähnlich wie sie häufig im Rahmen der Projektpartnerschaften von „Demokratie leben!“ durchgeführt werden. Sekundäre Präventionsmaßnahmen zielen auf Personen oder Gruppen ab, die ein erhöhtes Risiko für demokratiefeindliches oder extremistisches Handeln aufweisen. Tertiäre Programme richten sich an Personen, die bereits durch Extremismus in Erscheinung getreten

¹¹ <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30250/rechtsextremistische-gewalt-von-jugendlichen/>

¹² Üblacker, J. & Berg, L. 2020: Räumliche Aspekte rechter Orientierungen, in: Üblacker, J. & Berg, L. (Hrsg.): Rechtes Denken. Rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, transcript, Bielefeld, 17-46.

¹³ Tausendpfund, M. 2021: Zufriedenheit mit der Demokratie, in: Tausendpfund, M. (Hrsg.): Empirische Studien lesen. Einführung in die Praxis der quantitativen Sozialforschung, Springer, Wiesbaden, 13-49.

¹⁴ Abbondanza, G. & Bailo, F. 2018: The electoral payoff of immigration flows for anti-immigration parties: the case of Italy's Lega Nord, European Political Science, 17(3), 378-403.

¹⁵ Jäckle, S. & König, P. D. 2017: The dark side of the German "welcome culture": Investigating the causes behind attacks on refugees in 2015, West European Politics, 40(2), 223-251.

¹⁶ Caplan, G. 1964: Principles of preventive psychiatry, Basic Books, New York.

¹⁷ Armbrorst, A., Biene, J., Coester, M., Greuel, F., Milbradt, B. & Nehlsen, I. 2018: Evaluation in der Radikalisierungsprävention: Ansätze und Kontroversen, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssao-59493-8>

sind und haben zum Ziel, erneutes extremistisches Handeln zu verhindern und extremistische Einstellungen zu reduzieren.

Eine generelle Stärkung der Zivilgesellschaft kann als primäre Prävention gesehen werden, denn eine intakte Zivilgesellschaft gilt als Basis einer funktionierenden Demokratie. Die Aktivität von Bürgerinnen und Bürgern in Vereinen, Gruppen und Initiativen soll als „Schule der Demokratie“ fungieren, in der Mitbestimmung, Selbstwirksamkeit und das Agieren in demokratischen Strukturen erlebt und erlernt werden¹⁸. In diesem Sinne heißt es im Abschlussbericht des ersten Förderzeitraums von „Demokratie leben!“: *„Von der Annahme ausgehend, dass eine gelebte demokratische Kultur der beste Garant für eine gesellschaftliche Wehrhaftigkeit gegen demokratie- und menschenfeindliche Erscheinungsformen ist, zielt das aktuelle Bundesprogramm mittels der Partnerschaften für Demokratie stärker als bisher auf die Förderung von vielfältigem zivilgesellschaftlichen Engagement [...]“*¹⁹

Neben zivilgesellschaftlichem Engagement gilt auch die Teilhabe an politischen Prozessen im Rahmen von Bürgerbeteiligung als Chance, die lokale Demokratie zu stärken. Darüber hinaus gibt es die Hoffnung, dass dadurch gleichzeitig die Akzeptanz von Vorhaben gestärkt, die Qualität von Entscheidungen verbessert und Raum für Austausch in der Bürgerschaft geboten wird²⁰. Problemen der repräsentativen Demokratie wie etwa der Entfremdung zwischen Bürgerschaft und Politikerinnen und Politikern soll damit entgegengewirkt werden.

Eine Studie von Riede, Becker & Alcaide (2020)²¹ beschäftigt sich mit Potenzialen der Gemeinwesenarbeit zur Stärkung lokaler Demokratie. Sie zeigen, dass innerhalb von großen Städten häufig einzelne Stadtteile und Quartiere durch ein besonderes Demokratiedefizit auffallen. Das Vertrauen in die lokale Politik und die Bereitschaft für politisches Engagement sind dort besonders gering. Die Autorinnen fanden außerdem heraus, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund deutlich seltener politisch aktiv zeigen, als Menschen ohne Migrationshintergrund. Zur Stärkung der Demokratie auf lokaler Ebene fordern sie daher eine aktive Einbeziehung von Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund sowie von sozial und ökonomisch Benachteiligten. Mithilfe von Selbstwirksamkeitserfahrungen, Beratungen und durch konkrete Unterstützung müssten Empowermentprozesse angestoßen werden, damit sich diese Menschen zur politischen Teilhabe ermutigt fühlen. Die Implementation von niedrigschwelligen Beteiligungsformen wie Stadtteilforen, Dialogveranstaltungen oder innovativen Beteiligungsarten werden empfohlen.

In einer amerikanischen Studie zeigen Einstein, Palmer & Glick (2019)²², dass an kommunalen Nachbarschafts- und Bürgerforen zum Thema Wohnbau vor allem ältere und männliche Bürger teilnehmen. Auch Menschen, die bereits seit längerem an einem bestimmten Ort wohnen, weisen eine höhere Teilnahmewahrscheinlichkeit auf, ebenso Menschen, die selbst ein Haus besitzen. Aus demokratietheoretischer Perspektive kritisieren die Autoren, dass das Aktivierungspotenzial vor allem bei solchen Menschen hoch ist, die sich einen konkreten Nachteil, etwa durch eine Neubausiedlung in ihrer Nähe, erwarten. Die Vorteile solcher

¹⁸ Wiesner, C. 2018: Multi-Level-Governance und lokale Demokratie. Politikinnovationen im Vergleich, Springer VS, Wiesbaden.

¹⁹ Bohn et al. 2019: Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015 – 31.12.2019 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben!“, Frankfurt, S. 5, abrufbar unter: <https://www.demokratie-leben.de/resource/blob/252196/4cd04faecf98482a497ed8df9b767af4/fp1-pfd-abschlussbericht-2015-2019-data.pdf>

²⁰ Benighaus, C., Wachinger, G. & Renn, O. 2016: Bürgerbeteiligung. Konzepte und Lösungswege für die Praxis, Wolfgang Metzner Verlag, Berlin.

²¹ Riede, M., Becker, An. & Alcaide, N. 2020: Potenziale der Gemeinwesenarbeit zur Stärkung der lokalen Demokratie. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in fünf Quartieren, Bürgergesellschaft, vhw FWS 5, 264-270.

²² Einstein, K. L., Palmer, M. & Glick, D. 2019: Who Participates in Local Government? Evidence from Meeting Minutes, Perspectives on Politics, 17(1), 28-46.

Bauprojekte, etwa zusätzliche Wohnfläche oder sinkende Mietpreise, sind in der Bauplanungsphase noch unklar und lassen sich keiner einzelnen Person zuordnen. In Nachbarschafts- und Bürgerforen sind die Profiteure solcher Bauprojekte meist unterrepräsentiert, während die Gegner überproportional vertreten sind. Damit verfehlen Bürgerforen ihren Anspruch, die Interessen der Bürgerschaft niederschwellig, umfassend und fair einzubringen.

Per se ist die mangelnde Repräsentativität bei der Anwendung direktdemokratischer Elemente eine Kritik, die im demokratiethoretischen Diskurs immer wieder auftaucht²³. An Bürgerversammlungen, Bürgerräten oder vergleichbaren direktdemokratischen Formaten nehmen mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit Menschen mit einem hohen Bildungsgrad teil sowie Menschen, die sich gut artikulieren können und solche, die zu einem bestimmten Thema eine dezidierte Meinung vertreten. Wer nur eine diffuse Meinung zu einem Thema hat, traut sich dagegen seltener, diese öffentlich kundzutun²⁴. Eine faire Repräsentativität der Bürgerschaft wird so häufig nicht gewährleistet.

Beteiligungsverfahren sind zudem häufig zeit- und kostenintensiv, da Planung, Organisation, Durchführung und Auswertung von Bürgerversammlungen, Workshops oder Online-Plattformen erhebliche Ressourcen erfordern. Zudem kann die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Entscheidungsprozesse verzögern, was insbesondere bei dringenden oder komplexen Themen problematisch sein kann²⁵. Darüber hinaus spielt das Erwartungsmanagement eine entscheidende Rolle. Werden Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern nicht ernst genommen oder umgesetzt, führt das leicht zu Frustration und Vertrauensverlust gegenüber politischen Institutionen²⁶.

Insgesamt zeigt sich, dass Bürgerbeteiligung trotz ihrer vielen Vorteile sorgfältig geplant und umgesetzt werden muss. So lassen sich Risiken wie Verzögerungen, Ungleichgewichte, Populismus oder Vertrauensverluste verringern und Beteiligung kann zu tragfähigeren Entscheidungen führen. In Kapitel 5.5 werden konkrete Beteiligungsformate sowie Ideen, wie deren Ausgestaltung zu mehr Repräsentativität und zu einer tatsächlichen Stärkung der Demokratie führt, vorgestellt.

3. Methodik

Zur Analyse des Stands der Demokratie und der Demokratieförderung in Kaufbeuren wird methodisch auf eine Triangulation zurückgegriffen. Damit gemeint ist eine Kombination von verschiedenen Forschungsmethoden und -daten²⁷. Im ersten Schritt wurde zur Einordnung des lokalen Kontexts eine Medien- und Sekundäranalyse durchgeführt. Hierfür wurden statistische Jahrbücher sowie Online-Recherchen etwa zu Wahlergebnissen herangezogen. Es folgte ein informelles Gespräch mit einem Vertreter der örtlichen Polizei zur Klärung der Ist-Situation, zu Problemen und Herausforderungen im Bereich Extremismus und Radikalisierung.

²³ Fung, A. 2006: Varieties of Participation in Complex Governance, *Public Administration Review*, 66, 66–75.

²⁴ Einstein, K. L., Palmer, M. & Glick, D. 2019: Who Participates in Local Government? Evidence from Meeting Minutes, *Perspectives on Politics*, 17(1), 28-46.

²⁵ BMV 2023: Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung. Planung von Großvorhaben im Verkehrssektor; abrufbar unter: https://www.bmv.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/handbuch-buergerbeteiligung.pdf?__blob=publicationFile

²⁶ Birzer, M. 2015: So geht Bürgerbeteiligung. Eine Handreichung für die kommunale Praxis, abrufbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/akademie/kommunal/11523.pdf>

²⁷ Müller, J., Neyer, A.-K. & Troll, N. 2018: Triangulation von qualitativen Daten - Transformation zu einer ambidextren Organisation, in: Müller, J. & Raich, M. (Hrsg.): *Die Zukunft der Qualitativen Forschung, Herausforderungen für die Wirtschafts-, Gesundheits- und Sozialwissenschaften*, Springer, Wiesbaden, 83-102.

Ergänzt wird dieser Abschnitt durch die schriftliche Beantwortung von Fragen durch die örtliche Polizei. Ein Teil der gestellten Fragen an die Polizei, insbesondere zu den Ursachen von Extremismus und Radikalisierung, wurden von dieser an die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) weitergeleitet. Diese Stelle hat die Fragen schriftlich beantwortet. Ein Experteninterview mit einem Beschäftigten der Koordinierungs- und Fachstelle von „Demokratie leben!“ (IV 1, 26.6.2025) ergänzt die Informationen zum vergangenen Programmablauf sowie zu bisherigen Projektpartnern. Das Gespräch wurde aufgezeichnet, anschließend mithilfe des Programms noScribe transkribiert und ausgewertet. Im Juli 2025 fand in Kaufbeuren ein Workshop mit Vertreterinnen und Vertretern der öffentlichen Verwaltung sowie mit einzelnen bisherigen Netzwerkpartnern von „Demokratie leben!“ statt. Dessen Ziel war die Erfassung von Ressourcen, Bedarfen und Potenzialen zur Stärkung der Demokratie in Kaufbeuren. Insgesamt haben zehn Personen am zweistündigen Workshop teilgenommen. Konkret wurde folgenden Fragestellungen nachgegangen: (1) *Inwiefern begegnen den Teilnehmenden des Workshops in ihren jeweiligen Tätigkeiten Demokratieskepsis, Demokratiefeindlichkeit oder Extremismus?* (2) *Was machen „gute“ Projekte im Sinne der Demokratieförderung aus? Wie lässt sich Erfolg beschreiben? Wird Erfolg gemessen?* (3) *Wie können Projekte „inklusiv“ gestaltet werden, d.h. erreicht werden, dass die Teilnehmergruppe von Projekten möglichst heterogen ist?* (4) *Was brauchen Vereine und Initiativen, die sich für Demokratie engagieren, um dies noch besser tun zu können?* (5) *Welche konkreten Ideen gibt es, um die Demokratie vor Ort zu stärken? Gibt es Ideen oder Erfahrungen aus anderen Kommunen?* Die Teilnehmenden des Workshops erstellten Ergebnisplakate. Diese wurden im Anschluss ausgewertet und gehen in den vorliegenden Bericht mit ein.

Zwei quantitative Online-Befragungen ergänzen die bisherige Datensammlung. Zum einen eine Befragung von (1) bereits etablierten lokalen Partnern von „Demokratie leben!“ sowie Vereinen und Organisationen, die sich für die Demokratieförderung in Kaufbeuren einsetzen („*Netzwerkbefragung*“). Zum anderen eine Befragung von (2) mit Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt stehenden Verwaltungsbeschäftigten, Stadträtinnen und Stadträten sowie lokalen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern („*Befragung Verwaltung & Politik*“). Mithilfe der Befragungen sollen bisherige Demokratieprojekte beurteilt, die Demokratiezufriedenheit von den Bürgerinnen und Bürgern aus Kaufbeuren bewertet und Ideen zur künftigen Ausrichtung der Demokratieförderung gesammelt werden. Die verwendeten Fragebögen sind in den Anhängen A1 und A2 am Ende des Berichts einzusehen. Die Befragungen fanden vom 21. Juli bis 13. August 2025 statt. Die Mail an die Stadträtinnen und Stadträte in Kaufbeuren wurde erst am 31. Juli versendet, da eine vorherige Stadtratssitzung zur Informationsweitergabe über die Befragung abgewartet wurde. Der Link zur Studienteilnahme wurde per Mail von dem für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zuständigen Amt bei der Stadt Kaufbeuren an die Zielgruppen verschickt. Die entsprechende Stelle verfügte bereits über die nötigen Kontakte. Einzig die Mail an die Stadträtinnen und Stadträte ging von der Autorin des vorliegenden Berichts direkt aus. An der *Netzwerkbefragung* nahmen insgesamt 11 Personen teil, an der *Befragung Verwaltung & Politik* 22 Personen.

4. Analyse der Ist-Situation, Probleme und Herausforderungen

Zur Darstellung der Ist-Situation im Bereich Demokratie und Extremismus sowie zum Aufzeigen von Problemen und Herausforderungen, die sich der Stadt Kaufbeuren stellen, wird

im folgenden Kapitel der Raumkontext der Stadt Kaufbeuren beleuchtet. Zudem werden Daten und Einschätzungen zu politisch motivierter Kriminalität geliefert sowie mögliche Ursachen für Demokratieskepsis in Kaufbeuren dargelegt.

4.1. Raumkontext

Zur Einordnung des Raumkontexts werden in Tabelle 1 verschiedene Kennzahlen der Stadt Kaufbeuren vergleichend dargestellt. Da die freie Kreisstadt im Flächenlandkreis Ostallgäu liegt, wurden die jeweiligen Kennzahlen mit diesem Landkreis verglichen sowie jeweils mit Bayern und dem Bund. Mit insgesamt 48.038 Einwohnern ist die Stadt Kaufbeuren die zweitgrößte Stadt im Allgäu. Die Bevölkerung in Kaufbeuren wächst die vergangenen Jahre stetig. Es wird davon ausgegangen, dass dieser Trend auch in Zukunft anhält²⁸. Das BIP pro Kopf liegt mit rund 38.900€ unter dem bayerischen und dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die Arbeitslosenquote liegt etwas über dem bayerischen Durchschnitt. Die Ausländerquote liegt mit 20,5 Prozent leicht höher als der bayerische wie auch der bundesdeutsche Durchschnitt. Zur Vergleichbarkeit der Kriminalitätsrate wurden die Straftaten pro Kopf erfasst. Diese liegen mit 0,07 etwas höher als die Quote für Bayern. Zur Einschätzung der politischen Beteiligungsrate wurde die Wahlbeteiligung bei der vergangenen Bundestagswahl angeführt. Hierbei ergibt sich ein leicht erhöhter Wert im Vergleich zur Bundesrepublik gesamt. Seit 2. Mai 2025 stuft das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein²⁹. Auch wenn diese Einstufung aufgrund eines Eilverfahrens der AfD aktuell ausgesetzt ist, werden Stimmenanteile dieser Partei explizit genannt. Es ist auch daher relevant die Wahlergebnisse der AfD gesondert aufzuführen, da empirische Untersuchungen belegen konnten, dass eben diese Wählerschaft die schlechtesten Werte in Bezug auf Demokratiezufriedenheit aufweist³⁰. Die AfD konnte in Kaufbeuren 24 Prozent der Wählerstimmen gewinnen. Dies liegt etwas über dem bundesdeutschen Wahlergebnis.

Tabelle 1: Raumkontext Kaufbeuren

	<i>Kaufbeuren</i>	<i>Ostallgäu</i>	<i>Bayern</i>	<i>Deutschland</i>
<i>Einwohnerzahl (Dez. 2023)</i>	48.038 ³¹	131.546 ³²	13,4 Mio. ³³	84,7 Mio. ³⁴
<i>BIP pro Kopf (2021) in €</i>	38.914,3 ³⁵	38.019,2 ³⁶	50.642,7 ³⁷	43.272,6 ³⁸
<i>Arbeitslosenquote (April 2025)</i>	4,6% ³⁹	2,8% ⁴⁰	4% ⁴¹	6,3% ⁴²

²⁸ https://www.kaufbeuren.de/PortalData/17/Resources/wirtschaft/pdf/Jahrbuch_2024.pdf

²⁹ <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/pressemitteilung-2025-05-02.html>

³⁰ https://www.pw-portal.de/index.php?option=com_content&view=article&id=40846:hilft-populistisches-waehlen-gegen-demokratiemuedigkeit&catid=154:metaticker-bundestagswahl-2017

³¹ https://www.kaufbeuren.de/desktopdefault.aspx/tabid-1891/2305_read-17510/

³² https://www.buerger-ostallgaeu.de/fileadmin/landkreis/veroeffentlichungen/broschueren/allgemein_neu.pdf

³³ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/bevoelkerung-nichtdeutsch-laender.html>

³⁴ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/bevoelkerung-nichtdeutsch-laender.html>

³⁵ <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/strukturdaten/bund-99/land-9/kreis-9762.html>

³⁶ <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/strukturdaten/bund-99/land-9/kreis-9777.html>

³⁷ <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/strukturdaten/bund-99/land-9.html>

³⁸ <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/strukturdaten/bund-99.html>

³⁹ <https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/Politische-Gebietsstruktur/Kreise/Bayern/09762-Kaufbeuren-Stadt.html>

⁴⁰ <https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/Politische-Gebietsstruktur/Kreise/Bayern/09777-Ostallgaeu.html>

⁴¹ <https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/Politische-Gebietsstruktur/Bundeslaender/Bayern.html>

⁴² <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Arbeitsmarkt/arb210a.html>

<i>Ausländerquote (Kf: Dez. 2024; weitere: Dez. 2023)</i>	20,5% ⁴³	11,7% ⁴⁴	17,6% ⁴⁵	16,4% ⁴⁶
<i>Straftaten (2024)</i>	3.376 ⁴⁷	/	566.652 ⁴⁸	5,8 Mio. ⁴⁹
<i>Straftaten pro Kopf (2024)</i>	0,07	/	0,044	0,07
<i>Wahlbeteiligung (BTW 2025)</i>	84,2% ⁵⁰	85,0% ⁵¹	84,3% ⁵²	82,5% ⁵³
<i>AfD-Stimmenanteil (BTW 2025; Zweitstimme)</i>	24% ⁵⁴	20,2% ⁵⁵	19% ⁵⁶	20,8% ⁵⁷

Innerhalb der Stadt Kaufbeuren zeigen sich im Vergleich der einzelnen Stadtteile durchaus sozioökonomische Unterschiede. Laut Report 2024 der Abteilung Arbeit und Soziales variiert die Quote an Leistungsbezieherinnen und -bezieher nach SGB-II je nach Stadtteil zwischen unter zwei Prozent und von sechs bis acht Prozent⁵⁸. Am unteren Ende stehen die Stadtteile Kaufbeuren West (1,6%), Kemnat (0,4%), Oberbeuren Nord (1,4%), Oberbeuren Süd (0,4%), Moosmangwiese (0,0%) und Hirschzell Siedlung (1,1%). Am oberen Ende sind die Stadtteile Fliegerhostsiedlung (7,4%), Neugablonz Nord / West (5,8%), Neugablonz Ost (4,4%), Innenstadt (5,8%) und Kaufbeuren Ost (5,8%) zu verorten.

Auch die Wahlergebnisse unterscheiden sich teils deutlich in den verschiedenen Stadtteilen: Im Wahllokal Gablonzer Haus (0023, 0024) erhielt die AfD 42,6 Prozent bzw. 41,8 Prozent der Zweitstimmen. Im Wahllokal in der Joseph-Landes-Schule in der Innenstadt (0001, 0002) erhielt die Partei 23,4 bzw. 21,7 Prozent der Zweitstimmen. Beide Stadtteile haben sich in der obigen Analyse durch einen eher hohen Anteil an SGB-II-Leistungsbezieher auszeichnet. Im Wahllokal Grundschule Oberbeuren (0025, 0026, 0027) gingen 21,8 Prozent, 31,9 Prozent und 21,5 Prozent der Zweitstimmen an die AfD. Im Wahllokal Grundschule Hirschzell (0028, 0029) 24,6 Prozent bzw. 19,8 Prozent. Diese Ausschnitte zeigen exemplarisch, wie empirisch in Studien nachgewiesen⁵⁹, dass ein geringerer sozioökonomischer Status nicht zwingend mit einem hohen Stimmanteil für die AfD einhergeht.

⁴³ https://www.kaufbeuren.de/PortalData/17/Resources/wirtschaft/pdf/Jahrbuch_2024.pdf

⁴⁴ <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/strukturdaten/bund-99/land-9/wahlkreis-257.html>

⁴⁵ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-bundeslaender-jahre.html>; <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-bundeslaender-jahre.html>; <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-bundeslaender-jahre.html>

⁴⁶ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-bundeslaender-jahre.html>; <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-bundeslaender-jahre.html>; <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-bundeslaender-jahre.html>

⁴⁷ <https://www.wir-sind-kaufbeuren.de/2025/03/26/polizeiliche-kriminalstatistik-2024/>

⁴⁸ https://www.polizei.bayern.de/mam/kriminalitaet/250321_pks_pressebericht_2024.pdf

⁴⁹

https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2024/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2024/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2024_node.html#:~:text=Gesamtentwicklung%20der%20Straftaten,um%207%2C4%20Prozent%20höher

⁵⁰ https://wahlen.osrz-akdb.de/sw-p/762000/257/20250223/bundestagswahl_gemeinde/index.html

⁵¹ <https://bundestagswahl2025.bayern.de/ergebnis/grafik/257.html>

⁵² <https://www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2025/btw19/index.html>

⁵³ https://www.bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2025/29_25_endgueltiges-ergebnis.html

⁵⁴ https://wahlen.osrz-akdb.de/sw-p/762000/257/20250223/bundestagswahl_gemeinde/index.html

⁵⁵ <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse/bund-99/land-9/wahlkreis-257.html>

⁵⁶ <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/ergebnisse/bund-99/land-9.html>

⁵⁷ <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/ergebnisse/bund-99.html>

⁵⁸ Report 2024 Abteilung Arbeit und Soziales Kaufbeuren, abrufbar unter:

https://www.kaufbeuren.de/PortalData/17/Resources/pdf/sonstiges/Abteilung_Arbeit_und_Soziales___Report_2024,_Rechenschaftsbericht_und_Planungsinstrument.pdf

⁵⁹ Lengfeld, H. 2017: Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer?, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 69, 209–232.

4.2. Demokratieskepsis und Extremismusverbreitung

Um Demokratieskepsis und Extremismus fassbar und vergleichbar zu machen, wird in diesem Kapitel vor allem auf Zahlen der politisch motivierten Kriminalität (PMK) zurückgegriffen. Diese lassen sich aus aktuellen Berichten des Bundeskriminalamts bzw. der örtlichen Polizei entnehmen. Die Zahlen werden sowohl für Deutschland dargestellt, als auch separat für Bayern sowie das Gebiet des Polizeipräsidiums Schwaben Süd/West, zu welchem Kaufbeuren gehört. Anschließend werden Zahlen und Entwicklungen hinsichtlich politisch motivierter Kriminalität für die Stadt Kaufbeuren ergänzt. Letztere stammen aus einem informellen Telefongespräch mit dem örtlichen Polizeipräsidium sowie dessen schriftliche Beantwortung von Fragen. Zum Schluss werden noch einzelne Ergebnisse der beiden Online-Befragungen aufgeführt, die Erfahrungen der Befragten mit Demokratiefeindlichkeit und Diskriminierung aufzeigen.

Im gesamten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland lässt sich eine erhebliche Steigerung von PMK verzeichnen; von insgesamt 60.028 Delikten im Jahr 2023 auf 84.172 Delikte im Jahr 2024, das heißt, eine Steigerung um circa 40 Prozent⁶⁰. Knapp 40 Prozent der PMK-Delikte sind Propagandadelikte. Darunter versteht sich das Verbreiten von Propagandamitteln oder das Verwenden von Symbolen verfassungswidriger Organisationen. Die PMK-Gewaltdelikte haben sich von insgesamt 3.561 im Jahr 2023 auf 4.107 im Jahr 2024 ebenfalls erhöht.

Mit einem Blick auf Bayern betont der dortige Verfassungsschutz in seinem Bericht, dass Bayern nach wie vor eines der sichersten Bundesländer sei. Dies zeigt sich daran, dass die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer extremistischen Gewalttat zu werden, hier im bundesweiten Vergleich besonders gering sei.⁶¹ Dem Spektrum Islamismus werden in Bayern rund 2.730 Personen zugerechnet, darunter etwa 780 Salafisten, von denen 13 Prozent als gewaltorientiert gelten. Besondere Aufmerksamkeit richtet sich auf islamistische Einflussnahmen über soziale Medien, die verstärkt jugendliche Zielgruppen ansprechen. Der Bericht führt aus, dass islamistische Organisationen insbesondere auf jugendaffine Kommunikationsformate setzen, um ihre Propaganda zu verbreiten. Auch Gruppierungen wie die Muslimbruderschaft (circa 110 Personen in Bayern) und die Milli Görüş-Bewegung (circa 1.400 Personen in Bayern) bleiben beobachtungswürdig, wenngleich ihre Einflussnahme derzeit rückläufig ist⁶².

Zum rechtsextremistischen Spektrum zählen in Bayern etwa 4.400 Personen, von denen rund ein Drittel als gewaltorientiert eingestuft wird. Hier zeigt sich eine verstärkte Aktivität jugendnaher Netzwerke, sogenannter Active Clubs, die Kampfsporttrainings und Freizeitangebote nutzen, um junge Menschen zu rekrutieren. Der Bericht warnt: „Der organisierte Rechtsextremismus nutzt zunehmend Freizeit- und Sportangebote, um junge Menschen für seine Ideologie zu gewinnen.“⁶³ Besonders präsent sind Organisationen wie die Partei „Der Dritte Weg“, ebenso wie Versuche rechtsextremistischer Kreise, Proteste gegen Geflüchtetenunterkünfte für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter stellt nach wie vor ein sicherheitsrelevantes Phänomen dar. In Bayern wird ihr Personenpotenzial auf circa 5.300 geschätzt. Die Subkultur lehnt die Legitimität der

⁶⁰ Bundesministerium des Inneren u. Bundeskriminalamt 2025: Bundesweite Fallzahlen 2024. Politisch motivierte Kriminalität, abrufbar unter: https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2024/PMKZahlen2024_node.html#doc246848bodyText5

⁶¹ Verfassungsschutzbericht Bayern; abrufbar unter: https://www.bige.bayern.de/mam/infos_zu_extremismus/verfassungsschutzbericht_bayern_2024.pdf

⁶² S.o.

⁶³ S.o., S. 179

Bundesrepublik Deutschland ab, zeigt ein hohes Gewaltpotenzial und versucht teilweise, eigene Parallelstrukturen aufzubauen. Der Verfassungsschutzbericht beschreibt die Reichsbürger- und Selbstverwalterszene als zunehmend vernetzt und bereit, gegen staatliche Institutionen Gewalt anzuwenden.⁶⁴

Linksextremistische Aktivitäten liegen zahlenmäßig deutlich unter denen des Rechtsextremismus, sind jedoch dynamisch. Der Verfassungsschutz in Bayern konstatiert einen leichten Rückgang gewaltorientierter Aktionen, verweist jedoch auf intensive Kampagnen gegen den Staat, die Polizei sowie gegen Veranstaltungen wie die Münchner Sicherheitskonferenz. Besonders auffällig sind die zunehmenden Versuche, junge Menschen über soziale Medien zu mobilisieren. Darüber hinaus warnt der Verfassungsschutz vor zunehmenden hybriden Bedrohungen durch ausländische Nachrichtendienste, insbesondere aus Russland und China. Diese umfassen Desinformationskampagnen, Cyberangriffe sowie Spionageaktivitäten gegen bayerische Unternehmen, Forschungseinrichtungen und staatliche Institutionen.⁶⁵

Kaufbeuren liegt im Gebiet des Polizeipräsidiums Schwaben Süd/West. Dieses veröffentlicht – ähnlich den Bundes- und Landesberichten – jährlich einen Bericht zu politisch motivierter Kriminalität⁶⁶. Das Präsidiumsgebiet umfasst folgende Landkreise und Städte: Günzburg, Lindau (Bodensee), Neu-Ulm, Oberallgäu, Ostallgäu und Unterallgäu, sowie die kreisfreien Städte Kaufbeuren, Kempten (Allgäu) und Memmingen - insgesamt 990.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Aus dem Bericht geht hervor, dass im Jahr 2024 im gesamten Gebiet 571 Delikte im Bereich PMK zu verzeichnen waren. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Steigerung von 11,5 Prozent. Die Steigerung lässt sich vor allem auf Straftaten mit der Zuordnung „Rechts“ und „sonstige“ zurückführen. Die PMK-Gewaltdelikte haben sich von insgesamt 28 im Jahr 2023 auf 45 im Jahr 2024 erhöht, darunter Körperverletzungen und Widerstandshandlungen.

Mit einem Fokus auf unterschiedliche Gruppierungen wird im Bericht darauf hingewiesen, dass sich im Gebiet des Präsidiums insgesamt 353 Personen als Reichsbürgerinnen bzw. Reichsbürger identifizieren lassen. Die Zahl der Delikte, die von diesem Personenkreis ausgingen, sank von 39 im Jahr 2023 auf 21 Fälle in 2024, darunter vor allem Nötigungs- und Erpressungsschreiben an Behörden.

Die Hasskriminalität nahm deutlich zu und stieg von 124 auf 161 Fälle (+29,8 Prozent). Davon entfielen 103 Fälle auf PMK „Rechts“, insbesondere in Form von Hasspostings in sozialen Netzwerken oder WhatsApp-Gruppen. Die Aufklärungsquote lag hier bei 70,8 Prozent und war damit leicht niedriger als im Vorjahr.

Im Jahr 2024 waren insgesamt 249 Delikte der Kategorie PMK „Rechts“ und 22 Fälle der Kategorie PMK „Links“ zuzuordnen. Unter Ersteren waren insgesamt 17 Gewaltdelikte. PMK „Links“ umfasste zwei links motivierte Körperverletzungen. Unter der Kategorie „ausländische Ideologie“ lassen sich 2024 insgesamt 31 Delikte subsumieren. Inhaltlich ging es hierbei vor allem um den Ukraine- sowie den Nahostkonflikt. Im Phänomenbereich PMK „religiöse Ideologie“ wurden 13 Fälle erfasst, was einem leichten Rückgang gegenüber 2023 (17 Fälle) entspricht. Der Anstieg Ende 2023 stand im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt; die Zahlen stabilisierten sich 2024 wieder.

⁶⁴ S.o.

⁶⁵ S.o.

⁶⁶ Polizeipräsidium Schwaben Süd/West 2025: Politisch motivierte Kriminalität, abrufbar unter: <https://www.polizei.bayern.de/aktuelles/pressemitteilungen/083591/index.html>

Zur Kategorie „sonstige Zuordnung“ fallen unter anderem Delikte durch Reichsbürgerinnen und Reichsbürger, sogenannte Querdenkerinnen und Querdenker sowie sonstige Personengruppen. Mit insgesamt 256 Delikten ist dies die größte Kategorie. Im Zuge der Bauernproteste wurden im Jahr 2024 in Schwaben Süd/West 263 Versammlungen bekannt. In 27 Fällen wurden Ermittlungen wegen politisch motivierter Straftaten eingeleitet, insbesondere wegen Blockadeaktionen in Kempten und Mindelheim. Die Gesamtaufklärungsquote für politisch motivierte Straftaten lag 2024 in Schwaben Süd/West bei 58,14 Prozent und blieb damit nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr (58,59 Prozent).

Tabelle 2 zeigt einen Teil der oben genannten Zahlen zusammengefasst und im Vergleich Schwaben Süd/West und Deutschland gesamt. Hierbei fällt auf, dass die Anzahl an PMK-Delikten in Schwaben Süd/West im Verhältnis zur Einwohnerzahl geringer ausfällt als im gesamten Bundesgebiet. Auch die Anzahl der Propagandadelikte ist auf einem niedrigeren Niveau. Bei Hasskriminalität und PMK-Gewaltdelikten lassen sich keine markanten Unterschiede zwischen dem Gebiet des Polizeipräsidiums Schwaben Süd/West und dem gesamten Bundesgebiet festmachen. Die Fallzahlen sind in diesem Bereich zudem zu gering, um valide Differenzen identifizieren zu können.

Tabelle 2: Politisch motivierte Kriminalität, 2024

	Polizeipräsidium Schwaben Süd/West	Deutschland (gesamt)
Anzahl PMK-Delikte	571	84.172
Anzahl PMK-Delikte / Einwohnerzahl	0,06%	0,10%
Propagandadelikte	166	31.229
Propagandadelikte / Einwohnerzahl	0,02%	0,04%
PMK-Gewaltdelikte	45	4.107
PMK-Gewaltdelikte / Einwohnerzahl	0,005%	0,005%
Hasskriminalität	161	21.773
Hasskriminalität / Einwohnerzahl	0,02%	0,03%

Quelle: Bundesministerium des Inneren u. Bundeskriminalamt 2025: Bundesweite Fallzahlen 2024. Politisch motivierte Kriminalität; Polizeipräsidium Schwaben Süd/West 2025: Politisch motivierte Kriminalität.

Aus einem informellen Gespräch mit einem Vertreter der Polizei **Kaufbeuren** sowie einer schriftlichen Beantwortung von Fragen durch das örtliche Präsidium lassen sich einzelne Details zu politisch motivierter Kriminalität für die Stadt Kaufbeuren herausstellen.

Im Jahr 2023 gab es einen Fall von PMK „ausländische Ideologie“, im Jahr 2024 insgesamt vier Fälle. Dem Bereich PMK „Rechts“ lassen sich 2023 siebzehn Fälle und 2024 dreizehn Fälle zuordnen. Im Gros der Fälle handelt es sich um verhetzende Beleidigungen, Volksverhetzung bzw. das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Unter PMK „sonstige Zuordnung“ fielen 2023 vierzehn und 2024 neun Fälle. Insbesondere im Hintergrund von Wahlen ergeben sich immer wieder Schmierereien an Wahlplakaten. Davon betroffen sind alle Parteien. PMK „religiöse Ideologie“ trat 2023 in Kaufbeuren gar nicht auf, im Jahr 2024 in insgesamt zwei Fällen. Im Jahr 2025 waren bis Anfang Juli keine ungewöhnlichen Vorfälle im Bereich politisch motivierter Kriminalität bekannt.

Insgesamt gilt die Stadt Kaufbeuren im Vergleich zu anderen Städten mit vergleichbarer Größe als eine der sichersten in Bayern. Die Polizei Kaufbeuren geht davon aus, dass dies auch den

Bereich politisch motivierte Kriminalität einschließt, auch wenn hier keine konkreten Vergleichszahlen vorliegen.

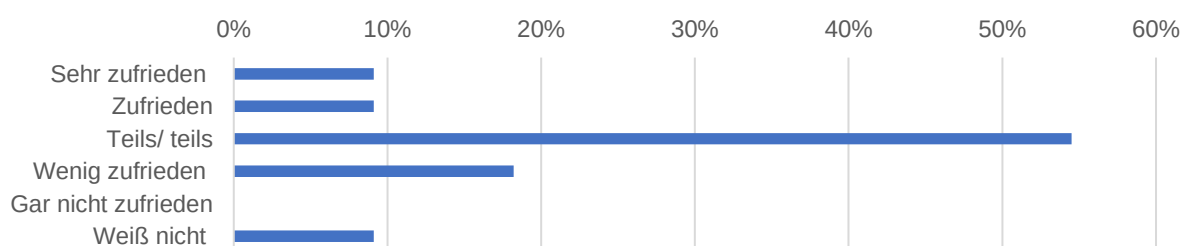
In Kaufbeuren gibt es aktuell keine politisch motivierten Demonstrationen, bei denen Störungen oder Straftaten auftreten. Insgesamt werden im Stadtgebiet angemeldete Demonstrationen gut im Rahmen vorhergehender Kooperationsgespräche mit den Organisatoren vorbereitet. Es finden aktuell jeden dritten Montag im Monat Montagsspaziergänge statt; diese verlaufen friedlich. Demokratiefeindliche Gruppierungen, die durch Straftaten auftreten würden, sind in Kaufbeuren nicht bekannt. Eine Häufung von Straftaten im Bereich PMK in bestimmten Stadtteilen tritt nicht auf. Dass die Polizei selbst extremistische oder demokratiefeindliche Anfeindungen erlebt, sei selten. Bei der Aufnahme von Straftaten komme es in vereinzelten Fällen zu politisch motivierten Beleidigungen. Teils würde so Frust über den Staat bei Polizeibeamtinnen und -beamten abgeladen. Kommt es zu extremistischen oder demokratiefeindlichen Äußerungen durch Einzelne, wird dies auf strafrechtliche Relevanz hin geprüft und gegebenenfalls zur Anzeige gebracht.

Im Rahmen des im Juli 2025 in Kaufbeuren stattgefundenen Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern von Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung wurde ergänzend nach konkreten Erfahrungen mit Demokratieskepsis, Demokratiefeindlichkeit und Extremismus gefragt.

Die Teilnehmenden berichteten, dass ihnen Demokratieskepsis und Demokratiefeindlichkeit etwa in persönlichen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern begegnet. Dies auch teils im Austausch mit Jugendlichen. Konkret werden etwa Minderheiten diffamiert und gesellschaftliche Vielfalt angeprangert. Auch in Kommentaren in den sozialen Medien treten solche Äußerungen auf. Auch Fake News erreichen die Workshopteilnehmenden. Manche haben zudem das Gefühl, dass viele nicht in Kontexten und globalen Zusammenhängen denken. Häufig würden zudem demokratische Parteien und deren Vertreterinnen und Vertreter massiv angegriffen. Ein Teilnehmender berichtet davon, dass Demokratiefeindlichkeit in manchen Fällen auch dahingehend auftritt, dass religiöse Ideologie über der Demokratie steht. Einige der Teilnehmenden des Workshops nehmen zudem Schmierereien und Sticker mit extremistischem oder demokratiefeindlichem Inhalt im Stadtgebiet Kaufbeuren wahr.

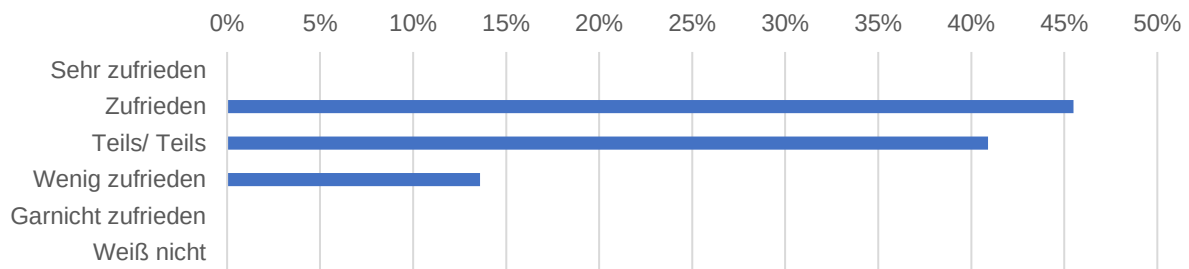
Innerhalb der Online-Befragungen wurde nach der Einschätzung der Demokratiezufriedenheit der Kaufbeurer Bürgerschaft gefragt. Abbildung 2 und Abbildung 3 veranschaulichen hierzu die Antworten. Dabei zeigt sich ein differenziertes Bild: Während in der *Netzwerkbefragung* über 50 Prozent angegeben haben, dass die Bürgerinnen und Bürger aus Kaufbeuren nur „teils / teils zufrieden“ sind, glauben über 45 Prozent der Befragten aus Politik, Verwaltung und Sozialarbeit, dass die Menschen in Kaufbeuren zufrieden mit der Demokratie sind. Nur jeweils ein kleiner Teil hat den Eindruck, dass diese „wenig“ oder „gar nicht zufrieden“ mit der Demokratie sind.

Abbildung 2: Einschätzung zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger aus Kaufbeuren mit der Demokratie, Netzwerkbefragung



Hinweis: N=11

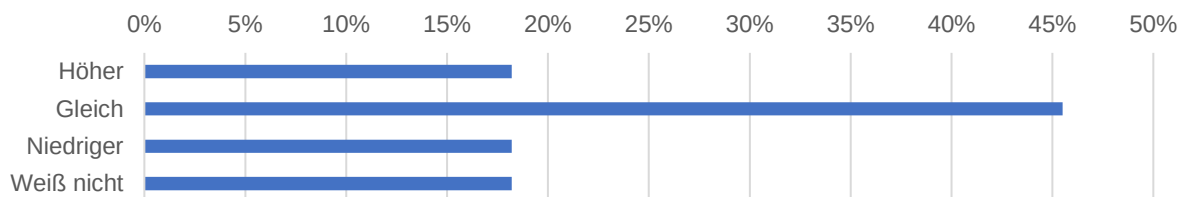
Abbildung 3: Einschätzung zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger aus Kaufbeuren mit der Demokratie, Befragung Verwaltung & Politik



Hinweis: N=22

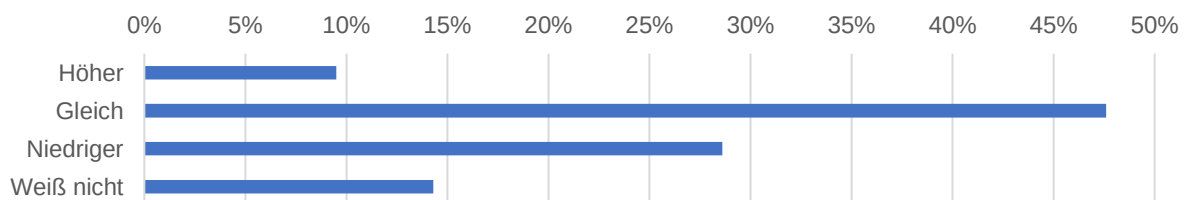
Darüber hinaus wurde gefragt, wie die Zufriedenheit der Menschen in Kaufbeuren mit der Demokratie im Vergleich zu anderen bayerischen Kommunen und Landkreisen eingeschätzt wird (vgl. Abbildung 4 und Abbildung 5). Aus der *Netzwerkbefragung* geht hervor, dass knapp 20 Prozent diese als höher einschätzen, etwas mehr als 45 Prozent gehen von einem gleichen Niveau aus. Etwas unter 20 Prozent geben an, dass das Zufriedenheitsniveau in Kaufbeuren im Vergleich zu anderen Kommunen geringer ist. Die Einschätzung aus Verwaltung, Politik und Sozialarbeit ist insgesamt leicht skeptischer. Hier sind es knapp unter 10 Prozent, die die Zufriedenheit als höher einschätzen, circa 48 Prozent nehmen sie als gleich wahr und knapp 30 Prozent als niedriger.

Abbildung 4: Einschätzung zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger aus Kaufbeuren im Vergleich zu anderen bayerischen Kommunen und Landkreisen, Netzwerkbefragung



Hinweis: N=11

Abbildung 5: Einschätzung zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger aus Kaufbeuren im Vergleich zu anderen bayerischen Kommunen und Landkreisen, Befragung Verwaltung & Politik

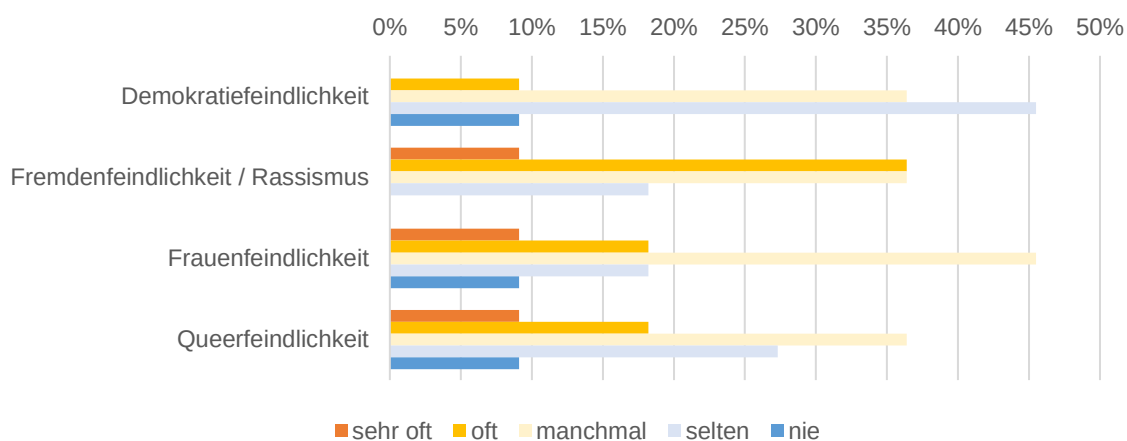


Hinweis: N=21

Nach Schätzung der befragten Netzwerkpartner wird die Unzufriedenheit mit der Demokratie in Zukunft größer. Circa 55 Prozent der Befragten gehen davon aus. Nur knapp 10 Prozent rechnen mit einer Verbesserung. Ähnliche Ergebnisse zeigen sich bei der Befragung von Akteuren aus Verwaltung, Stadtpolitik und Sozialarbeit: 63,3 Prozent rechnen mit einer zunehmenden Unzufriedenheit.

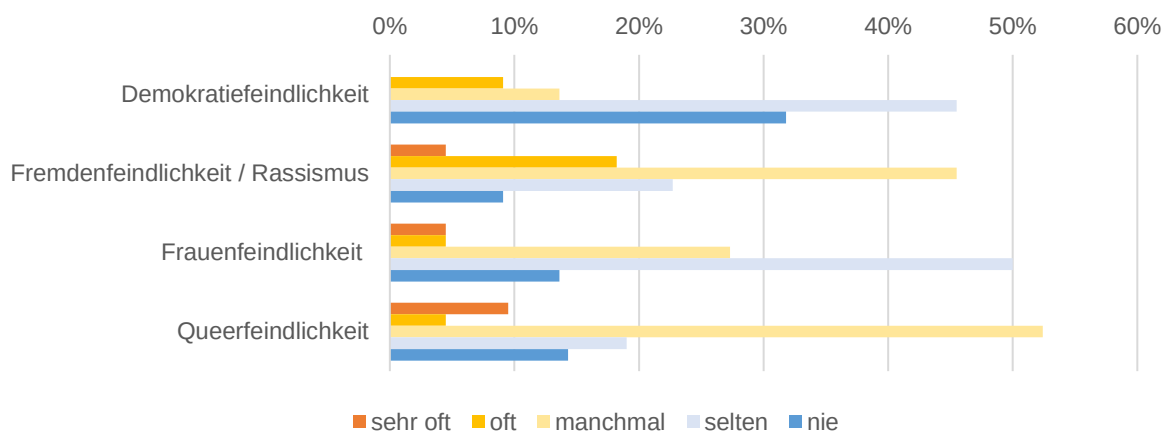
Im Rahmen der Online-Befragungen wurde zudem danach gefragt, wie häufig einem Demokratie-, Fremden-, Frauen- und Queerfeindlichkeit begegnet. Abbildung 6 und Abbildung 7 fassen die Ergebnisse zusammen. Es zeigt sich, dass den Netzwerkpartnern häufiger Demokratiefeindlichkeit begegnet als den Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung und Sozialarbeit. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erleben 45,5 Prozent der befragten Netzwerkpartner „sehr oft“ oder „oft“. Insgesamt knapp 37 Prozent erleben dies „manchmal“. Bei den Befragten aus Politik, Verwaltung und Sozialarbeit ist das Niveau etwas geringer: 22,7 Prozent begegnet Rassismus und Fremdenfeindlichkeit „sehr oft“ oder „oft“, 45,5 Prozent „manchmal“.

Abbildung 6: Häufigkeit des Auftretens von Feindlichkeit im Engagement mit Kaufbeurer Bürgerinnen und Bürgern, Netzwerkbefragung



Hinweis: N=11

Abbildung 7: Häufigkeit im Engagement mit Kaufbeurer Bürgerinnen und Bürgern, Befragung Verwaltung & Politik



Hinweis: N=21-22

Wenn den befragten Netzwerkpartnern Demokratiefeindlichkeit, Extremismus oder diskriminierendes Verhalten begegnet, dann vor allem in mündlicher Form (61,1 Prozent). Bei 22,2 Prozent der Befragten passiert dies auch in schriftlicher Weise. Circa 11 Prozent erleben es in Verbindung mit konkreten Handlungen, zum Beispiel Schmierereien. Ähnlich äußern sich die Befragten aus Politik, Verwaltung und Sozialarbeit: 86,4 Prozent erfahren Demokratiefeindlichkeit, Extremismus oder diskriminierendes Verhalten mündlich, circa 41

Prozent auch schriftlich. Knapp 10 Prozent der Befragten aus Politik, Verwaltung und Sozialarbeit berichteten, dass ihnen Demokratiefeindlichkeit, Extremismus und Diskriminierung sogar im Zusammenhang mit Drohungen begegnet.

4.3. Ursachenanalyse

Doch wodurch entstehen Demokratiefeindlichkeit, Extremismus oder diskriminierendes Verhalten? Was bedingt das Auftreten dieser Phänomene? Im Folgenden werden die Ergebnisse aus den Onlinebefragungen zur Wahrnehmung von Gefahren für die Demokratie aufgezeigt. Zudem lieferte die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE)⁶⁷ eine schriftliche Antwort auf Fragen der Autorin des vorliegenden Berichts zu möglichen Ursachen.

Bei einer Auswahl an unterschiedlichen Gefahren für die Demokratie, die in der Online-Befragung angegeben wurden, gaben die meisten Netzwerkpartner an, dass das Erstarken populistischer Parteien (30 Prozent), der Relevanzzuwachs Sozialer Medien (20 Prozent) sowie die Entfremdung zwischen Politik und Bürgerschaft (20 Prozent) die größten Gefahren darstellten. Seitens Stadtverwaltung, Stadtrat und Sozialarbeit wurden ebenfalls die Aspekte Erstarken populistischer Parteien (77,3 Prozent), Entfremdung zwischen Politik und Bürgerschaft (72,7 Prozent) sowie der Relevanzzuwachs Sozialer Medien (27,3 Prozent) als größte Gefahren gesehen.

In beiden Onlinebefragungen wurde mittels einer offenen Frage danach gefragt, welche weiteren Gefahren für die Demokratie bestehen. Folgende Aspekte wurden genannt und werden in Abbildung 8 zusammengefasst dargestellt.

Abbildung 8: Gefahren für die Demokratie, zusammengefasste Inhalte aus den beiden Online-Befragungen

1. Gesellschaftliche Spaltung, soziale Ungleichheit & Zusammenhalt

- Sachliche Diskussionen werden selten
- Weniger „echte“ Treffen, mehr sozialer Austausch über die Sozialen Medien
- Lebensstandard wird geringer
- Vereinsamung der Menschen
- Fehlende niederschwellige Angebote zum Austausch und zum Dialog
- Wahrnehmung einer Einschränkung der Meinungsfreiheit

2. Fehlende politische Verantwortung & Transparenz

- Mangelnde Aufklärung bei politischen Fehlern
- Verlust der Wahrnehmung der Lebensrealität der Menschen seitens politischer Akteure

3. Bildung & Medienkompetenz

- Abbau von Bildungsangeboten
- Verbreitung von „Fake News“, gezielte Desinformation
- Sorgloser Umgang mit KI und die Schwierigkeit „falsche“ Beiträge zu erkennen
- Wissen zur Funktionsweise von Algorithmen in Sozialen Medien fehlt

4. Populismus, Extremismus & Fake News

- Aushöhlung demokratischer Institutionen von Innen
- Negative Auswirkungen von populistischen Parteien auf das Verhalten von demokratischen Parteien
- Linksextremismus

5. Bürokratie & Institutionen

- Immer mehr „Staat“ und immer weniger Eigenverantwortung

Hinweis: Die Inhalte dieser Abbildung stammen von den Teilnehmenden der Online-Befragungen und sind nicht wissenschaftlich geprüfte Inhalte durch die Autorin des Berichts.

⁶⁷ <https://www.bige.bayern.de/>

Seitens des Bundeskriminalamts wird darauf hingewiesen, dass die Sozialen Medien mit deren Potenzial zu Hass, Hetze und Desinformation eine zentrale Rolle für die steigende Polarisierung und Radikalisierung in Deutschland spielen. Hinzu kommen die Konflikte in Gaza und der Ukraine, die auch hierzulande zu politisch motivierten Straftaten führen. Ebenso gelten wirtschaftliche und soziale Unsicherheiten sowie gesellschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie als Erklärungsfaktoren für die aktuell gestiegene Unzufriedenheit mit der Demokratie sowie die Verbreitung von Extremismus und Radikalisierung⁶⁸. Zur Analyse der Ursachen von zunehmenden Straftaten im Bereich PMK verwiesen die örtlichen Polizeibeamten auf die BIGE. Diese Stelle beantwortete einzelne Fragen, die ursprünglich an den Vertreter der Polizei geschickt wurden, schriftlich und ergänzt damit die vorliegende Analyse.

„Extremistische Akteure zielen darauf ab, in die Gedanken und Gefühlswelt - insbesondere auch - junger Menschen einzudringen und sie in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dabei machen sie sich insbesondere die Alltags Herausforderungen und Bedürfnisse junger Menschen zunutze, um diese emotional zu erreichen und für ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu rekrutieren. Neben dem Ausbau zielgruppenspezifischer Angebote in der realen Welt, haben extremistische Akteure auch ihre medialen Ansprachestrategien in weiten Teilen optimiert. Schon lange haben sie erkannt, dass das Internet und soziale Medien als Kommunikations- und Experimentierfeld im Alltag junger Menschen von zentraler Bedeutung sind und setzen bei der Produktion medialer Inhalte zunehmend auf Professionalisierung. Soziale Netzwerke, Onlineforen aber auch Videoportale bieten beinahe unbegrenzte Möglichkeiten, extremistische Botschaften - auch auf subtile Weise - in Umlauf zu bringen. So können sich bereits hinter vermeintlich harmlosen Unterhaltungselementen, wie beispielsweise der beiläufigen Hintergrundmusik eines Erklärvideos auf TikTok, problematische Inhalte verbergen. Gleichsam üben extremistische Ideologien vor allem auf junge, emotional und sozial nicht gefestigte Menschen eine beträchtliche Anziehungskraft aus.“

Mit Blick auf eine in sämtlichen Phänomenbereichen wahrnehmbar zunehmende Konfliktorientierung und Gewaltbereitschaft, erweisen sich die von vielen Extremisten propagierten Bedrohungsvisionen dabei als besonders problematisch. Sie tragen dazu bei, dass junge Menschen dem demokratischen Staat oder auch der Politik im Allgemeinen die Lösungskompetenz absprechen und sich selbst als Teil eines vermeintlichen Widerstandszenarios wännen. Es besteht die Gefahr, dass sich innerhalb digitaler Parallelwelten eine antidemokratische Gegenkultur formiert, die bereit ist, ihren Protest auch durch Gewalt zum Ausdruck zu bringen. Dabei ist zu befürchten, dass die online kursierenden Szeneinhalte auf einzelne Personen eine ideenstiftende sowie mittel und langfristig auch handlungsleitende Wirkung ausüben und so Radikalisierungsprozesse in Gang setzen oder beschleunigen. Dies gilt nicht zuletzt auch für Personen, die bereits psychopathologische Auffälligkeiten aufweisen. Dennoch finden reine Online-Radikalisierungen eher selten statt. So kommt realweltlichen Kontakten in den meisten Fällen noch immer eine tragende Bedeutung zu.“ (BIGE, Antwort auf Befragung im Juli 2025)

Laut Aussage der Polizei Kaufbeuren, gibt es über die allgemein bekannten Gründe für den Zuwachs an Extremismus in Deutschland keine besonderen räumlichen oder sonstigen Kontexte, die Extremismus in Kaufbeuren im Vergleich zu anderen Städten begünstigen würden. Per se spielt strafrechtlich relevanter Extremismus in Kaufbeuren bis dato keine große Rolle.

⁶⁸ https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2024/PMKZahlen2024_node.html

5. Analyse der Ressourcen, Bedarfe und Potenziale

Auch wenn die Situation hinsichtlich konkreter Straftaten im Bereich politisch motivierter Kriminalität in Kaufbeuren noch moderat erscheint, so zeigen die Erfahrungen der Teilnehmenden des Workshops und der Online-Befragungen, dass Demokratieskepsis und Demokratiefeindlichkeit häufig auftreten. Umso wichtiger ist es, die Demokratieförderung aktiv zu unterstützen. Im nachfolgenden Kapitel werden Akteure und Netzwerke aus Zivilgesellschaft und Kommune beleuchtet, die sich für die Förderung der Demokratie in Kaufbeuren einsetzen. Insbesondere wird darauf eingegangen, wie diese Akteursgruppen vernetzt sind und was sie benötigen, um sich noch besser engagieren zu können. Zudem sollen sowohl bestehende als auch potenzielle lokale Maßnahmen und Angebote zur Stärkung der Demokratie aufgezeigt werden.

5.1. Demokratiefördernde Akteure und Netzwerke in der Zivilgesellschaft

Seit 2015 beteiligt sich die Stadt Kaufbeuren am Bundesprojekt „Demokratie leben!“. Mithilfe der zugehörigen Koordinierungs- und Fachstelle, die beim Stadtjugendring Kaufbeuren angesiedelt ist, sowie diversen Partnerinnen und Partnern aus Verwaltung und Zivilgesellschaft konnte bereits ein aktives und stabiles Netzwerk zur Demokratieförderung in Kaufbeuren gebildet werden.

Im Folgenden werden Informationen zu formalen Aspekten des Projektablaufs und der Projektförderung geliefert. Außerdem werden die unterschiedlichen Themen und Träger bisher geförderter Projekte sowie deren Erfolgswahrnehmung und Zielgruppen vorgestellt.

Formale Aspekte der Projektabläufe und -förderung

Um neue Projektträger zu finden, geht die Koordinierungs- und Fachstelle aktiv auf Vereine und Organisationen zu. Dass Organisationen proaktiv einen Förderantrag stellen, tritt vor allem bei bereits etablierten Projektträgern auf. Insgesamt mussten einzelne Projektanträge in ihrer Budgethöhe häufig etwas gekürzt werden, um insgesamt mehr Projekte bewilligen zu können. In manchen Fällen mussten Projektanträge auch abgelehnt werden, weil die Ziele nicht denen von „Demokratie leben!“ entsprachen oder weil formale Kriterien nicht eingehalten wurden (IV 1, 26.6.2025).

Als zentrales Gremium innerhalb von „Demokratie leben!“ in Kaufbeuren fungiert das sogenannte Bündnis. Es besteht aus relevanten zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie aus Vertreterinnen und Vertretern von Ämtern, wobei zivilgesellschaftliche Organisationen die Mehrheit bilden müssen. Das Bündnis bewertet Projektanträge und gibt Förderempfehlungen ab. Außerdem ist es für die strategische Ausrichtung des Programms zuständig⁶⁹.

Themen- und Trägervielfalt im Rahmen der von „Demokratie leben!“-geförderten Projekte

Im Interview mit einem Beschäftigten der Koordinierungs- und Fachstelle Kaufbeuren wurde thematisiert, welche Akteure, Projekte im Rahmen von „Demokratie leben!“ bisher umgesetzt haben. Aktuell wären es circa fünf Projektträger, die sich sehr regelmäßig an „Demokratie

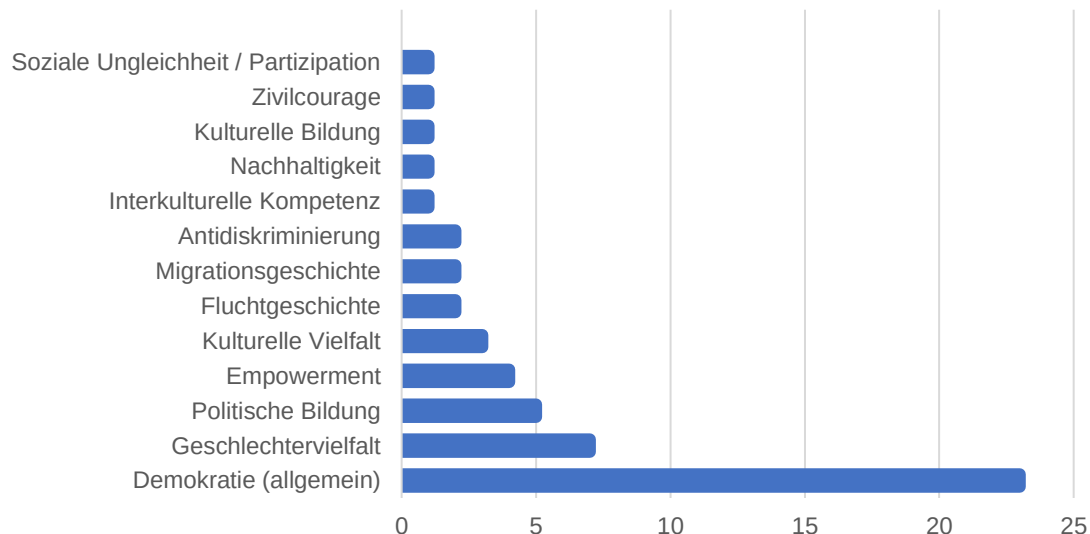
⁶⁹ <https://www.kaufbeuren-aktiv.de/vielfalt/demokratie-leben/buendnis.html>

leben!“ beteiligen. Die Mehrheit der Träger partizipiert selten oder nur einmalig (IV 1, 26.6.2025).

Dabei finde Demokratieförderung nicht nur innerhalb von „Demokratie leben!“ statt, sondern auch außerhalb: Im Engagement von Schulen, Vereinen und Initiativen. Insbesondere Initiativen, die aufgrund ihrer Organisationsform selbst keine Anträge im Rahmen von „Demokratie leben!“ stellen dürfen, suchen sich entweder eine passende Organisation, welche die formellen Bedingungen erfüllt oder sie setzen ihre Ideen zur Demokratieförderung außerhalb von „Demokratie leben!“ um. Als einer der aktivsten Vereine bei „Demokratie leben!“ in Kaufbeuren wird das Bündnis „Kaufbeuren gegen Rechtsextremismus“ beschrieben (IV 1, 26.6.2025). Darüber hinaus gebe es Vereine, die überregional organisiert sind und immer wieder Projekte in Kaufbeuren umsetzen, darunter Allgäu Pride oder Fridays for Future. Um tatsächlich die Bevölkerung in Projekten von „Demokratie leben!“ repräsentativ widerzuspiegeln, fehlt es laut Beschäftigten der Koordinierungs- und Fachstelle an einer komplett migrantisch-organisierten Gruppe. Auch Projektträger aus dem traditionellen bzw. konservativen Bereich seien bisher nicht vertreten.

Abbildung 1 zeigt auf, in welchen thematischen Bereichen sich geförderte Projekte in den Jahren zwischen 2020 und 2024 von „Demokratie leben!“ in Kaufbeuren verorten lassen. Die Zuordnung wurde mithilfe der Projekttitel vorgenommen. Insbesondere in den Bereichen „Demokratie (allgemein)“ und der Rubrik „Geschlechtervielfalt“ fanden bisher viele Projekte statt.

Abbildung 1: Thematische Zuordnung von geförderten Projekten von „Demokratie leben!“ in Kaufbeuren, 2020-2024



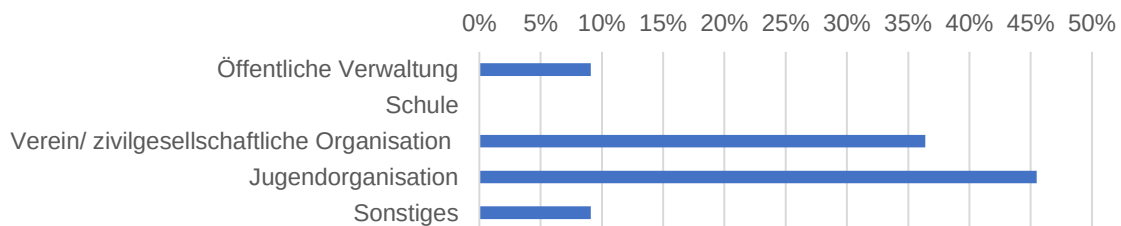
Quelle: Projektrückblick für 2020-2024, Dokument des Auftraggebers.

Aus einem Gespräch mit einem Vertreter des Stadtjugendrings Kaufbeuren am 21. August 2025 geht hervor, dass innerhalb des Stadtjugendrings 46 Jugendverbände organisiert sind. Diese lassen sich den Kategorien Kultur, Religion, Natur, Sport und Humanitär zuordnen. Teils sind die Vereine in ganz Kaufbeuren aktiv, teils auf bestimmte Stadtteile fokussiert, darunter etwa einzelne Sport- und Musikvereine. Alle Stadtteile seien gut vertreten, einzig in Neugablonz und Kaufbeuren Nord gebe es etwas weniger Jugendorganisationen als in den anderen Stadtteilen. Insgesamt hätten sich bisher nur wenige Jugendverbände innerhalb von „Demokratie leben!“ engagiert. Ein positives Beispiel sei die Pfadfinderschaft Kaufbeuren, die

sich intensiv mit ihren gesellschaftlichen Werten auseinandergesetzt hat und dabei auch Wissen zur Demokratie generieren konnten.

Im Folgenden werden ergänzend Ergebnisse aus der Online-Befragung der Netzwerkpartner dargestellt. Knapp 30 Prozent der Befragten gaben an, bereits mehr als vier Projekte zur Demokratieförderung umgesetzt zu haben, bei knapp 40 Prozent waren es bisher drei Projekte. Insgesamt 30 Prozent der Befragten haben die bisherigen Demokratieprojekte außerhalb von „Demokratie leben!“ durchgeführt. Abbildung 10 zeigt auf, wie sich die Teilnehmenden der *Netzwerkbefragung* hinsichtlich ihrer Trägerschaft einordnen lassen.

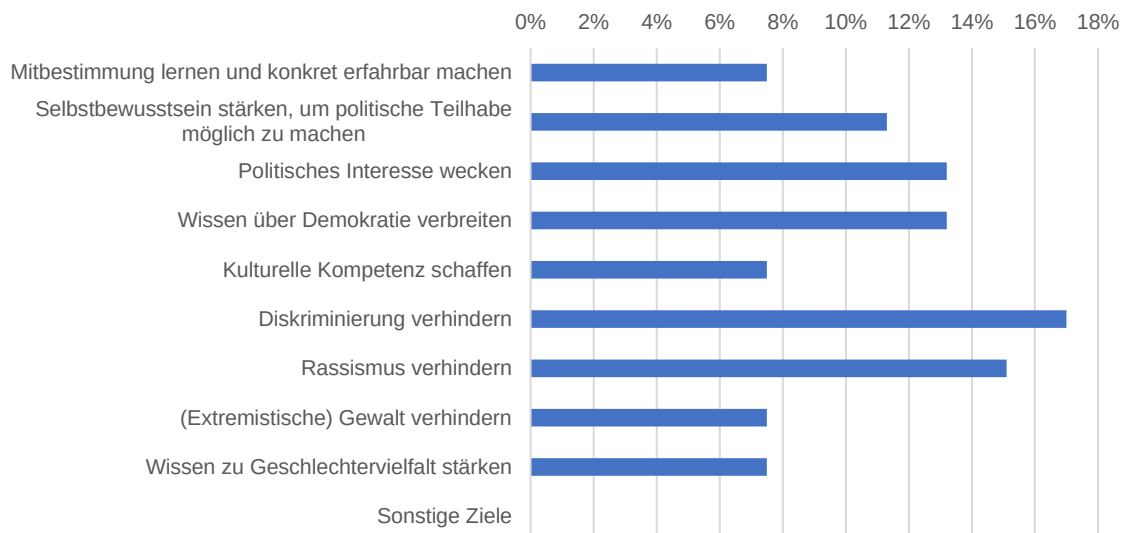
Abbildung 10: Einordnung der Teilnehmenden an der Netzwerkbefragung



Hinweis: N= 11

Die Netzwerkpartner wurden zudem danach gefragt, welche konkreten Ziele ihre bisherigen Projekte im Rahmen der Demokratieförderung verfolgt haben. Abbildung 11 fasst diese zusammen.

Abbildung 11: Ziele der demokratiefördernden Projekte, Netzwerkbefragung



Hinweis: N=11

Projekterfolge und Zielgruppen

Im Experteninterview wurde danach gefragt, was erfolgreiche Projekte ausmache. Für die Projektträger seien die Projekte oft sehr erfolgreich, wenn die gesteckten Ziele erreicht werden. Seitens der Koordinierungs- und Fachstelle werden vor allem solche Projekte als sehr positiv bewertet, die viele Menschen erreichen und die Bevölkerung für Themen wie Demokratie und Antidiskriminierung sensibilisieren. Dies geschehe am besten, wenn Menschen ihren Interessen nachgehen können und „nebenbei“ sensibilisiert werden und nicht nur die Zielgruppe erreicht wird, die sowieso schon großes Interesse für Themen wie

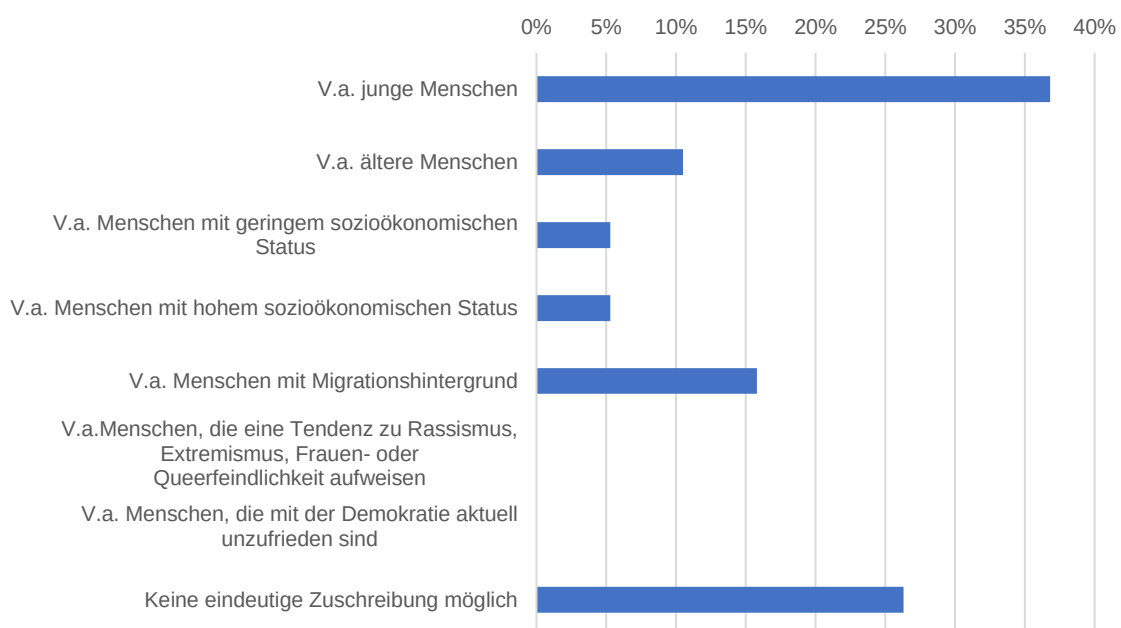
Demokratie und Anti-Diskriminierung aufweist. Zudem würde es als Erfolg verbucht, wenn sich neue Organisationen oder Vereine beteiligen, die bisher nicht bei „Demokratie leben!“ aktiv waren (IV 1, 26.6.2025).

Auch im Rahmen des im Juli stattgefundenen Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern von Stadt und Zivilgesellschaft wurde nach Bewertungskriterien für „gute“ Projekte gefragt. Dabei wurde seitens der Teilnehmenden unter anderem darauf hingewiesen, dass es eine hohe Niedrigschwelligkeit braucht, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen angesprochen werden und eine Öffentlichkeitswirksamkeit gegeben sein sollte. Hohe Beteiligungsraten seien zwar per se gut, aber nicht entscheidend für den Erfolg eines Projekts. Auch wäre es als positiv zu bewerten, wenn Projekte nachhaltig wirkten. Des Weiteren wurden die Konzepterfüllung, ein Gefühl der Selbstwirksamkeit der Projektteilnehmenden sowie deren Bewusstseinsänderung als Erfolgskriterien genannt. Wenn Widerstand von rechten Parteien gegenüber einzelnen Projekten auftritt, müsste dies „ausgehalten“ werden, wenn man ein Projekt erfolgreich umsetzen möchte. Weitere Details zur Frage des Projekterfolgs sind im Anhang A3 zu finden.

Im Rahmen der *Netzwerkbefragung* wurde danach gefragt, wie viele Bürgerinnen und Bürger aus Kaufbeuren über die unterschiedlichen Demokratieprojekte hinweg erreicht wurden. Insgesamt 27,3 Prozent der Befragten gab an, dass mit ihrem Projekt eine bis 20 Personen erreicht wurden. Gleich viele gaben an, dass zwischen 21 und 60 Personen beteiligt waren. Knapp 20 Prozent berichteten von 61 bis 500 Beteiligten. Bei knapp 30 Prozent der befragten Organisationen nahmen mehr als 500 Personen an deren Demokratieprojekten teil.

Darüber hinaus wurde nach Charakteristika der an den Demokratieprojekten Teilhabenden gefragt. Abbildung 12 zeigt auf, dass bei circa 37 Prozent der Projekte vor allem junge Menschen teilgenommen haben. Bei knapp 16 Prozent der Projekte wurden Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen. Ein Projekt, das speziell Menschen, die eine Tendenz zu Demokratieskepsis, Rassismus, Extremismus, Frauen- oder Queerfeindlichkeit aufweisen, fand nicht statt.

Abbildung 12: Charakteristika bisheriger Zielgruppen, Netzwerkbefragung

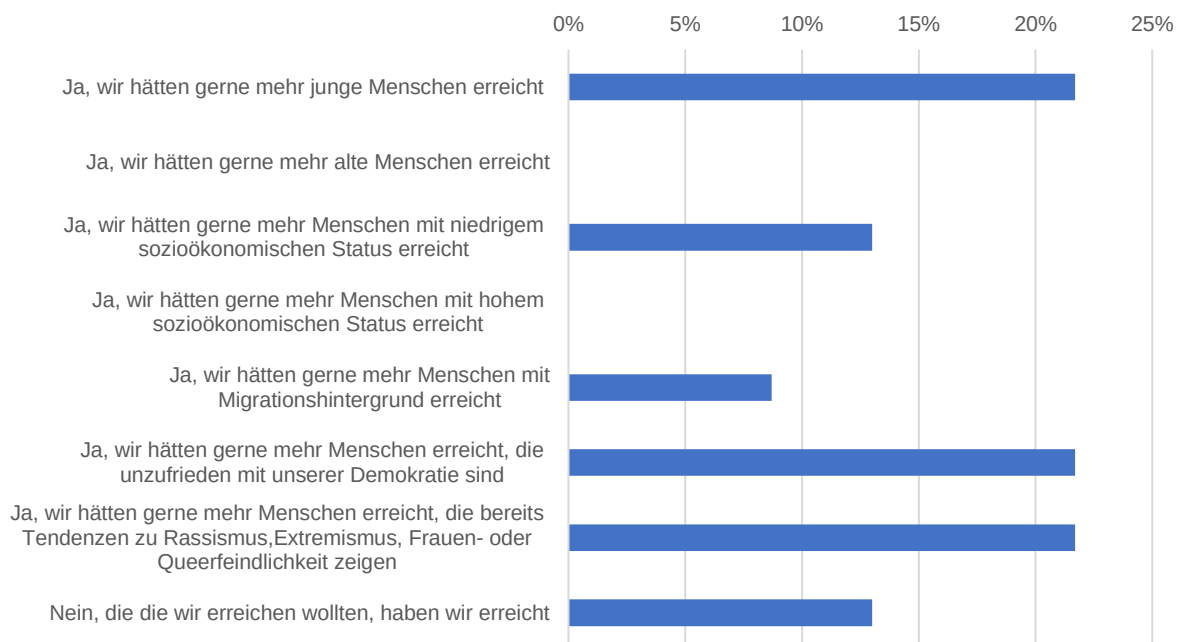


Hinweis: N=11

Gefragt nach Kritik oder sogar Gewalt (-androhungen) bei der Projektumsetzung geben fünf der insgesamt elf Teilnehmenden der Online-Befragung an, Kritik erlebt zu haben. Knapp 64 Prozent der Befragten beschreiben ihr Projekt bzw. ihre Projekte zur Demokratieförderung als „erfolgreich“. Knapp 37 Prozent votierten für „teils / teils (je nach Projekt)“. Darüber hinaus haben 60 Prozent der Befragten auch Feedback der Projektteilnehmenden eingeholt. Knapp 86 Prozent von diesen teilen mit, dass die Teilnehmenden sehr zufrieden oder zufrieden mit dem Projekt waren.

Abbildung 13 zeigt auf, inwiefern die Projektorganisatoren selbst mit den Personengruppen, die sie erreicht haben, zufrieden waren. Dabei zeigt sich, dass seitens der Netzwerkpartner durchaus der Wunsch da ist, mehr jüngere Menschen sowie Menschen zu erreichen, die unzufrieden mit der Demokratie sind oder bereits Tendenzen zu Rassismus, Extremismus oder Frauen- und Queerfeindlichkeit aufweisen. In bisherigen Projekten konnten vor allem letztere beiden Zielgruppen nicht erreicht werden. Insgesamt 13 Prozent der Beteiligten geben aber an, dass sie mit ihren Projekten die Personen erreicht haben, die sie erreichen wollten.

Abbildung 13: Unzufriedenheit mit erreichten Zielgruppen, Netzwerkbefragung



Hinweis: N=11

5.2. Demokratiefördernde Akteure und Netzwerke in der Kommunalpolitik

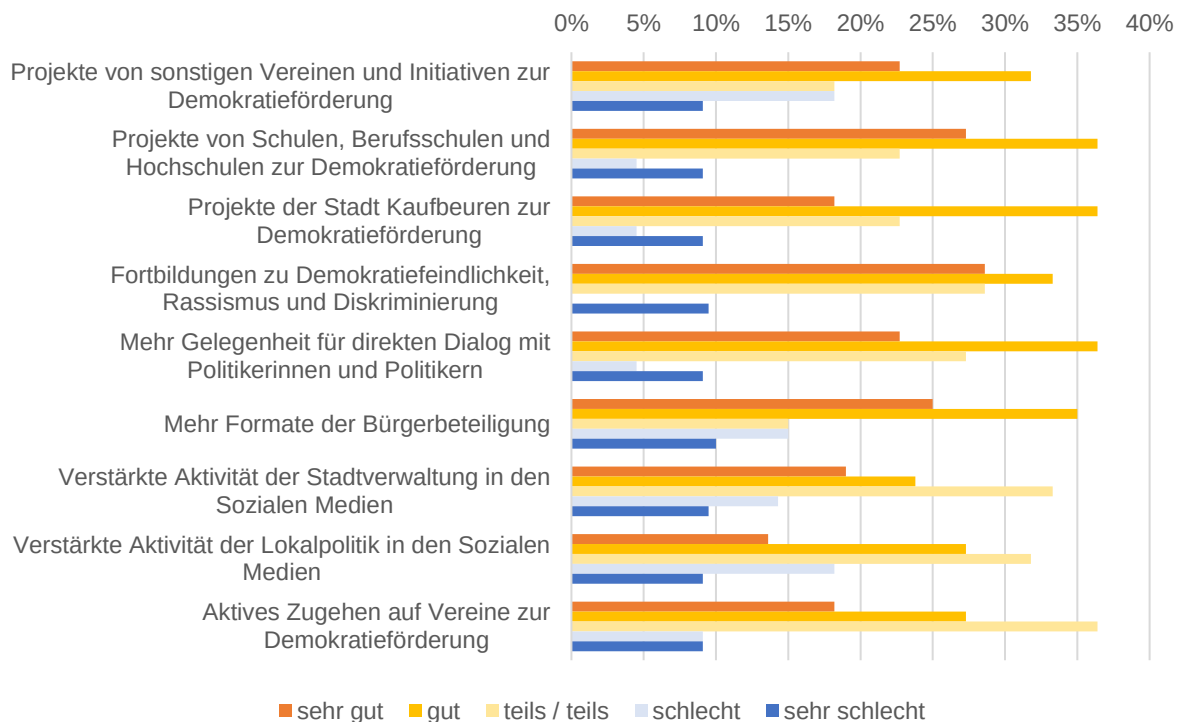
Auch innerhalb der Stadtverwaltung sowie der Stadtpolitik Kaufbeuren gibt es ein großes Engagement im Einsatz für die Demokratie. Aus dem Experteninterview mit einem Beschäftigten der Koordinierungs- und Fachstelle „Demokratie leben!“ geht hervor, dass viele Akteure innerhalb der Stadt Kaufbeuren im Bereich Demokratie mitwirken. Vor allem das Referat für Kinder, Jugend und Familie wird als sehr aktiver Verwaltungsakteur genannt. Auch der Integrationsbeirat gilt als relevanter Akteur im Bereich Demokratieförderung (I V 1, 26.6.2025).

In der Online-Befragung von, mit Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt stehenden Verwaltungsbeschäftigten, Stadträtinnen und Stadträten sowie lokalen Sozialarbeiterinnen und -arbeitern wurden Fragen zur Relevanzwahrnehmung von Demokratietarbeit sowie zur Bewertung von Projekten der Demokratieförderung aufgenommen. An der Befragung nahmen insgesamt 22 Personen teil. Insgesamt knapp 32 Prozent davon waren in der Stadtverwaltung beschäftigt, ebenso viele hatten eine Tätigkeit als Stadtrat bzw. Stadträtin inne, circa 9 Prozent waren in der Sozial- bzw. Quartiersarbeit beschäftigt und knapp 28 Prozent gingen einer sonstigen Tätigkeit nach. Insgesamt 54,4 Prozent der Befragten berichteten, die Tätigkeit bereits seit mehr als 10 Jahren inne zu haben. Bei einer befragten Person waren es von 0 bis unter 3 Jahre. Bei knapp 41 Prozent waren es zwischen 3 und 10 Jahren.

Insgesamt 72,7 Prozent der Befragten aus Verwaltung, Politik und Sozialarbeit empfanden es als „sehr wichtig“ und 18,2 Prozent als „wichtig“ die Demokratie in Kaufbeuren zu stärken. Insgesamt knapp 82 Prozent gaben an, dass sie es „sehr wichtig“ oder „wichtig“ finden, innerhalb ihres eigenen Tätigkeitsfeldes, z. B. in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, Möglichkeiten der Demokratieförderung selbst zu nutzen. Danach gefragt, ob es den Beschäftigten in der Stadtverwaltung bzw. den Stadträtinnen und Stadträten leicht fällt auf Demokratiefeindlichkeit, Extremismus oder Diskriminierung zu reagieren und die richtigen Worte zu finden, bejahten dies knapp 60 Prozent der Befragten. Insgesamt 27,5 Prozent der Befragten gaben „teils / teils“ an. Knapp 40 Prozent der Befragten haben das Gefühl, mit ihren Worten auch tatsächlich etwas bei den Menschen, die sich demokratiefeindlich, extremistisch oder diskriminierend äußern, zu verändern. Knapp 23 Prozent gelingt dies teilweise, 36,4 Prozent gaben an „nein, kaum“ und 4,5 Prozent „nein, nie“.

Die Befragten aus Stadtverwaltung, Politik und Sozialarbeit wurden darum gebeten, verschiedene Ideen zur Demokratieförderung zu bewerten (vgl. Abbildung 14). Als sehr wirksam zur Förderung der Demokratie wurden Projekte an Schulen, Berufsschulen und Hochschulen eingeschätzt. Insgesamt knapp 64 Prozent der Befragten nehmen solche als „sehr gut“ oder „gut“ wahr. Circa 60 Prozent bewerten mehr Gelegenheiten für Bürgerinnen und Bürger zum direkten Dialog mit Politikerinnen und Politikern aus Kaufbeuren, u.a. mit Stadträtinnen und Stadträten als „sehr gut“ bzw. „gut“. Eine Fortbildung zum Thema "Wie reagiere ich auf Demokratiefeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung?" für Beschäftigte der Stadtverwaltung, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie für Stadträtinnen und -räte in Kaufbeuren wünschen sich etwas mehr als 60 Prozent der Befragten. Ebenso viele würden mehr Formate der Bürgerbeteiligung in Kaufbeuren favorisieren. Die Idee des aktiven Zugehens auf Kaufbeurer Vereine und Organisationen, die bisher nicht in der Demokratieförderung aktiv sind und für ein Engagement im Bereich Demokratieförderung, Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung zu werben, halten circa 35 Prozent der Befragten für eine gute Idee.

Abbildung 14: Bewertung von Ideen zur Demokratieförderung, Befragung Verwaltung & Politik



Hinweis: N=20-22

5.3. Ideen zur Stärkung bestehender lokaler Netzwerke

Um die Demokratie lokal zu stärken, ist ein enger Austausch zwischen Zivilgesellschaft, Stadtverwaltung, Stadtpolitik und Bürgerinnen und Bürgern unabdingbar. Dieser kann sowohl Demokratieskepsis, Radikalisierung und Extremismus eindämmen, als auch die Demokratiezufriedenheit stärken. Seitens der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus heißt es entsprechend: „Generell ist eine enge Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sinnvoll, um gemeinsam extremistische und dabei insbesondere strafrechtlich relevante Aktionen zu verhindern. Die Bayerische Staatsregierung hat bereits 2009 hierzu die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus eingerichtet, um Kommunen und Schulen verschiedene Präventionsangebote anzubieten bzw. sie bei der Durchführung ihrer Angebote zu unterstützen und als Netzwerkpartner zu fungieren.“⁷⁰

Laut Einschätzung der Polizei Kaufbeuren funktioniert die Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Polizei sehr gut. Aufgrund der eher kleinen Größe der Stadt, sind ein enger Kontakt und kurze Kommunikationswege üblich und helfen, bei konkreten Anlässen (z. B. Schmierereien mit Graffiti) schnell zu reagieren. Auch die Zusammenarbeit zwischen der Polizei Kaufbeuren und der Koordinierungs- und Fachstelle von „Demokratie leben!“ in Kaufbeuren wird seitens der Polizei als sehr positiv beschrieben.

Im Rahmen des Experteninterviews mit dem Beschäftigten der Koordinierungs- und Fachstelle der Stadt Kaufbeuren wurde angemerkt, dass es mit Ausnahme von einzelnen Vernetzungstreffen kaum Kontakt zum Landes-Demokratiezentrum⁷¹ mit Sitz in München

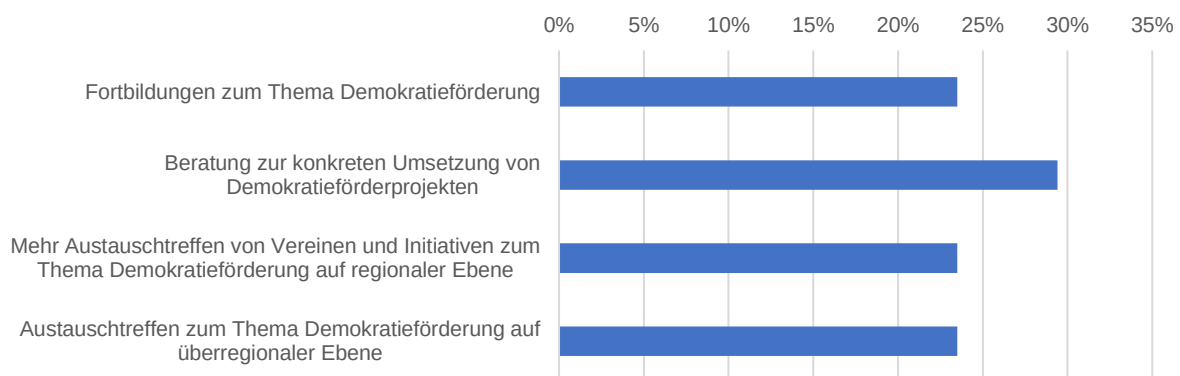
⁷⁰ BIGE; schriftliche Antwort auf Befragung

⁷¹ <https://www.lks-bayern.de/>

gebe. Hier wären ein noch größeres Angebot mit Hilfsangeboten oder weitere Vernetzungstreffen gewünscht.

Neben dem kommunalen Austausch, wurden die Netzwerkpartner im Rahmen der Online-Befragung danach gefragt, welche Formen der Unterstützung sie benötigen um auch künftig Projekte der Demokratieförderung erfolgreich durchführen zu können. Abbildung 15 fasst deren Bewertung zu unterschiedlichen Formaten zusammen. Dabei zeigt sich: Knapp 30 Prozent der Befragten wünschen sich mehr Beratung zur konkreten Umsetzung von Demokratieförderprojekten. Jeweils knapp 24 Prozent erhoffen sich mehr Fortbildungen zum Thema Demokratie sowie mehr Austauschtreffen regional wie überregional.

Abbildung 15: Wünsche zur Unterstützung, Netzwerkbefragung



Hinweis: N=11

5.4. Bestehende Maßnahmen und Angebote zur Stärkung der Demokratie

Die Stadt Kaufbeuren bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern unterschiedliche Möglichkeiten der politischen Teilhabe. Im Rahmen von Bürgerversammlungen gibt es in unterschiedlichen Stadtteilen die Möglichkeit, sich über aktuelle Entwicklungen zu informieren und direkt mit dem Bürgermeister bzw. der Stadtverwaltung in Dialog zu treten. Dabei wird ein barrierefreier Zugang angeboten und es stehen ein Gebärdensprachdolmetscher sowie eine Kinderbetreuung zur Verfügung⁷². Darüber hinaus bietet die Stadt Kaufbeuren Bürgerworkshops, bei denen die Einwohnerinnen und Einwohner Kaufbeurens aktiv an der Planung und Entwicklung ihrer Stadt mitwirken können⁷³. Im April dieses Jahres fand ein Workshop zum Thema „Klimaschutz zum Mitmachen“⁷⁴ statt.

Mit dem Jugendforum gibt es eine Möglichkeit Jugendliche ab der 8. Klasse direkt anzusprechen und zur Teilhabe zu motivieren. Im Rahmen einer Veranstaltung werden gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadt jugendpolitische Themen besprochen und die jungen Menschen können aktiv ihre Ideen einbringen⁷⁵ (IV 1, 26.6.2025).

Wie wichtig der Einsatz von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ist, zeigt sich im Interview mit dem Beschäftigten der Koordinierungs- und Fachstelle: „Bei Jugendlichen haben wir

⁷² <https://www.kaufbeuren.de/buergerversammlung>

⁷³ https://kaufbeuren-baut.de/desktopdefault.aspx/tabid-1757/2142_read-17684/

⁷⁴ https://www.kaufbeuren.de/desktopdefault.aspx/tabid-1838/3034_read-25538/

⁷⁵ <https://sjr.kaufbeuren.de/Home/projekte/demokratie-leben/schok.aspx>

aktuell die besten Erfahrungen damit, [unsere Anliegen] über die Schulen zu kommunizieren, so dass es über die SMVs [„Schülermitverantwortung“] zum Beispiel dann in die Klassen geht. Dann kriegen [die Jugendlichen] es am ehesten mit. [...]. Und dann ist es aber auch bei Erwachsenen so, dass die klassische Rundmail keiner mehr so wirklich liest. [...]. Am besten sind Multiplikatoren und Multiplikatorinnen und die erreichen wir bloß in persönlichen Gesprächen. Und das ist halt sehr zeitaufwendig. Aber es ist das, [mit dem] wir den besten Effekt haben.“ (IV 1, 26.6.2025)

5.5. Potenzielle Maßnahmen und Angebote zur Stärkung der Demokratie

In diesem Kapitel werden unterschiedliche Maßnahmen und Formate vorgestellt, die zur Stärkung der Demokratie in Kaufbeuren beitragen können. Dabei werden sowohl Ideen aus dem Workshop und den Online-Befragungen aufgegriffen, wie auch Vorschläge, die sich aus den bisherigen Erkenntnissen des Berichts sowie aus wissenschaftlicher Literatur ableiten lassen.

Bei dem im Juli 2025 in Kaufbeuren stattgefundenen Workshop mit Vertreterinnen und Vertretern von Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung wurde unter anderem nach Ideen zur Stärkung der Demokratie vor Ort gefragt. Dabei kam die Idee von sogenannten „Demokratie-Botschaftern“ auf. Diese könnten zum Beispiel in Vereinen Aufklärungsarbeit zu Demokratie und zur Demokratieförderung leisten. Insgesamt sollte die Niedrigschwelligkeit von Teilhabeprojekten gewährleistet und wenn möglich, ausgebaut werden. Per se könnten mehr Bürgerbeteiligungsformate etabliert werden, etwa zu Themen wie Klimaschutz oder Integration. Transparenz und eine klare Kommunikation und Verarbeitung der Ergebnisse innerhalb der Kaufbeurer Politik scheinen unabdingbar. Damit einhergehend ein Gefühl von Selbstwirksamkeit für die Beteiligten. Wenn im Rahmen von Veranstaltungen demokratiefeindliche Äußerungen getätigt werden, soll, wenn möglich, Widerspruch geleistet werden. Weitere Ideen zur Stärkung der Demokratie waren Projekte zur Eindämmung von Einsamkeit, Demokratie-Themen für eine Kinder-Uni, „Politik zum Anfassen“, das heißt, mehr Gelegenheiten zum Dialog mit Lokalpolitikerinnen und -politikern sowie eine stärkere Förderung von Schüleraustauschen als wichtige, demokratiestärkende Erfahrung für junge Menschen. Die Ergebnisse des Workshops werden im Anhang A3 zusammenfassend dargestellt.

Teils werden Ideen aus anderen Kommunen zur verbesserten Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen. Finanzielle und personelle Restriktionen verhinderten aber oft eine vergleichbare Umsetzung in Kaufbeuren. So äußert sich der Beschäftigte der Koordinierungs- und Fachstelle im Experteninterview: *„Da gibt es [...] gute Konzepte, wo wir auch schon in der Vergangenheit überlegt haben, wie wir das umsetzen können. Es [ist] dann aber ehrlicherweise glaube ich an den personellen Möglichkeiten gescheitert. [Es gab] einfach nicht genügend Personal und Zeit, um sowas so anzugehen. Also sowas wie Bürgerräte zum Beispiel.“ (IV 1, 26.6.2025)*

In der *Befragung Verwaltung & Politik* wurde danach gefragt, welche Ideen zur Förderung der Demokratie es in Kaufbeuren gibt. Abbildung 16 fasst die Vorschläge zusammen. Dort wird ebenso auf den stärkeren Einsatz von Beteiligungsformaten verwiesen. Darüber hinaus wurden Ideen für die Bereiche Verwaltung & Politikverständnis, Politische Bildung & Jugend,

Medien & Meinungsvielfalt, Soziale Gerechtigkeit & Lebensqualität, Stadtbild & Symbolik sowie Werte, Respekt & Zusammenhalt geliefert.

Abbildung 16: Ideen zur Förderung der Demokratie in Kaufbeuren; Befragung Verwaltung & Politik

1. Soziales Miteinander, Bürgerbeteiligung & Transparenz

- Echte Begegnungsprojekte von Bürgerinnen und Bürgern
- Stadtteilstefte
- Dialogveranstaltungen
- Demokratiefördernde Projekte auch in Kindertagesstätten, Familienstützpunkten, Familienzentren und beim KoKi (Koordinierenden Kinderschutzstellen) umsetzen
- Stadt als aktiver Akteur um unterschiedliche Vereine zusammenzubringen

2. Politik & Verwaltung

- Verbot der AfD
- Aktive Unterstützung von Politikerinnen und Politikern
- Einseitige Förderung linker NGOs und linker Projekte
- Keine einzelne politische Ideologie als Allheilmittel deklarieren

3. Politische Bildung & Jugend

- Außerschulische Bildungsangebote

4. Medien & Meinungsvielfalt

- Fortbildungen, Workshops und Seminare zu KI und wie KI-generierte Beiträge erkannt werden
- Auch „unbequeme“ Informationen korrekt publik machen
- Unterschiedliche Kanäle nutzen

Hinweis: Die Inhalte dieser Abbildung stammen von den Teilnehmenden der Online-Befragungen. Die Inhalte wurden von der Autorin des Berichts nicht wissenschaftlich geprüft.

Welche unterschiedlichen Beteiligungsformate für Bürgerinnen und Bürger es gibt, die auf lokaler Ebene zum Einsatz kommen können, und was deren Vor- und Nachteile sind, wird in nachfolgender Tabelle (vgl. Tabelle 3) überblicksartig dargestellt. Die Inhalte stammen von unterschiedlichen wissenschaftlichen Publikationen, die sich mit direkter Demokratie in Deutschland beschäftigen. Exemplarisch werden aus den unterschiedlichen Beteiligungsformaten zwei herausgegriffen und näher beschrieben: Ein Instrument, welches als besonders legitim und repräsentativ gilt, ist die Planungszelle, die aus einer zufällig gelosten Gruppe an Bürgerinnen und Bürgern besteht. Diese Gruppe kann themenspezifische Ideen und Lösungen für politische Herausforderungen erarbeiten. Nachteilig zeigt sich der damit verbundene hohe zeitliche, organisatorische und finanzielle Aufwand. Dialogveranstaltungen sind im Vergleich dazu einfacher umsetzbar, dafür aber weniger repräsentativ. Auch kann deren qualitativer Mehrwert stark von den Teilnehmenden sowie den Moderierenden abhängen.

Tabelle 3: Vor- und Nachteile unterschiedlicher Bürgerbeteiligungsformate

Format	Beschreibung	Vorteile	Nachteile
Planungszelle / Bürgergutachten	Zufällig geloste Bürgergruppen erstellen Empfehlungen	Repräsentativität der Teilnehmenden, hohe Legitimität	Hoher organisatorischer, zeitlicher und finanzieller Aufwand; keine rechtliche Bindung
Bürgerbegehren / Bürgerentscheid	Instrument der direkten Demokratie	Direkte Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger; rechtlich verbindliche Abstimmung, hohe Legitimität	Polarisierung möglich; Vereinfachung von Sachfragen

Runde Tische / Dialogveranstaltungen	Moderierte Diskussionsveranstaltungen	Niedrige Zugangshürden; flexibel einsetzbar	Wenig repräsentativ; keine rechtliche Bindung; Qualität abhängig von Moderation und Ergebnisverwertung
Bürgerforum / Bürgerrat	Bürgerinnen und Bürger diskutieren über einen längeren Zeitraum über ein Thema	Dialog und Konsensbildung im Vordergrund	Ressourcenintensiv; keine rechtliche Bindung
Online-Beteiligung / E- Partizipation	Bürgerbeteiligung über Online-Plattformen	Niedrige Zugangshürden, örtliche und zeitliche Flexibilität; große Reichweite; Transparenz	Ausschluss wenig technikaffiner Personen; geringe Verbindlichkeit; teils geringe Teilnahmeraten
Bürgerbefragung	Zufällig ausgewählte Haushalte werden persönlich oder mithilfe von Fragebögen zu Sachfragen befragt	Repräsentativität; niedrige Zugangshürden	Hohe Kosten und hoher Aufwand

Quellen: Eigene Darstellung; Inhalte aus Benighaus, C., Wachinger, G. & Renn, O. 2016: Bürgerbeteiligung. Konzepte und Lösungswege für die Praxis, Frankfurt a. M., Wolfgang Metzner Verlag und Nanz, P. & Fritsche, M. 2012: Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung.

Darüber hinaus soll detailliert auf die Möglichkeit der Implementierung einer Bürger-App eingegangen werden. Die Stadt Tübingen war im Jahr 2019 die erste Stadt, die eine Bürger-App anbot und mit dieser kommunale Bürgerbefragungen durchführte. Dort konnten sich Einwohnerinnen und Einwohner, die über 12 Jahre alt waren, an der Diskussion zu aktuellen und strittigen kommunalen Themen beteiligen. Die Ergebnisse lieferten eine Entscheidungsgrundlage für den Stadtrat. Die App ist jedoch seit Ende 2023 nicht mehr in Betrieb⁷⁶. Die Unrentabilität der App sei der Grund für deren Abschaltung⁷⁷. Eine vergleichbare Lösung wäre auch für die Stadt Kaufbeuren vorstellbar.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die lokale Demokratie in Zeiten sinkenden Vertrauens in politische Institutionen zunehmend an Bedeutung gewinnt. Kommunen bieten als unmittelbare Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger besondere Chancen, demokratische Mitgestaltung konkret erlebbar zu machen⁷⁸. Viele Menschen möchten heute nicht nur wählen, sondern aktiv an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen⁷⁹. Dies führt zu einem Wandel des Politikverständnisses, das verstärkt auf Kooperation, Transparenz und Dialog setzt⁸⁰. Dabei wird Bürgerbeteiligung nicht als Ersatz, sondern als wertvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie verstanden, mit dem Potenzial, sowohl die Legitimität als auch die Qualität politischer Entscheidungen zu erhöhen⁸¹. Die Idee der „kooperativen Demokratie“ beschreibt eine Form politischer Entscheidungsfindung, die durch freiwillige, dialogorientierte Verfahren wie Zukunftswerkstätten, Planungszellen oder Stadtteilforen geprägt ist. Solche Formate fördern nicht nur die Legitimität, sondern auch die Effizienz politischer Prozesse, da kooperative Verfahren zu höherer Akzeptanz, besserem Steuerungswissen und Abbau von

⁷⁶ <https://www.tuebingen.de/77.html#/41631>

⁷⁷ <https://www.swp.de/lokales/tuebingen/beteiligung-steht-die-tuebingen-buerger-app-vor-dem-aus-603057.html>

⁷⁸ Roth, R. 2018: Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie, Stuttgart, Bundeszentrale für politische Bildung.

⁷⁹ Patze-Diordiyuk, P. et al. 2020: Methodenhandbuch Bürgerbeteiligung, München, Bundeszentrale für politische Bildung.

⁸⁰ Klages, H. 2014: Entwicklungsperspektiven der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene, Wegweiser Bürgergesellschaft eNewsletter, 14.

⁸¹ Benighaus, C., Wachinger, G. & Renn, O. 2016: Bürgerbeteiligung. Konzepte und Lösungswege für die Praxis, Frankfurt a. M., Wolfgang Metzner Verlag.

Entscheidungsblockaden führen⁸². Praxisbeispiele zeigen, dass kreative und lebensnahe Beteiligungsformate wie Bürgerforen oder Reflexionsdiskurse nicht nur zur Lösung konkreter kommunaler Probleme beitragen, sondern zugleich die politische Kultur vor Ort stärken, so das Ergebnis empirischer Untersuchungen⁸³. Demokratie lässt sich auf kommunaler Ebene vor allem durch strukturell verankerte, transparente und ernst gemeinte Bürgerbeteiligung stärken⁸⁴. Erfolgreiche Beteiligungsprozesse setzen frühzeitig an, erlauben partizipative Vielfalt und eröffnen echte Möglichkeiten zur Mitgestaltung⁸⁵. Dadurch wird die kommunale Demokratie nicht nur lebendiger, sondern auch widerstandsfähiger gegenüber gesellschaftlichen Herausforderungen⁸⁶. Doch nur wenn es gelingt, möglichst viele Menschen an den direkten Beteiligungsverfahren zu integrieren und diese die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in Kaufbeuren repräsentieren, kann die „kooperative“ Demokratie ihr gesamtes Potenzial entfalten. Damit verbunden sind oft hohe zeitliche, organisatorische und personelle Aufwände. Es braucht die breite gesellschaftliche und politische Bereitschaft, diese zu tragen.

6. Empfehlungen zur Stärkung der Demokratie in Kaufbeuren

Konkrete Empfehlungen zur Förderung von Demokratie, zur Gestaltung von Vielfalt und zur Vorbeugung von Extremismus in Kaufbeuren werden mithilfe von vier eng miteinander verbundenen Bereichen gegeben: Transparenz, politische Bildung, zivilgesellschaftliches Engagement sowie Formate der Bürgerbeteiligung. Ergänzend werden Aspekte genannt, wie speziell innerhalb der Programmförderung von „Demokratie leben!“ vorgegangen werden kann, um die Demokratieförderung noch stärker in der gesellschaftlichen Breite zu verankern. Die Empfehlungen wurden aus Ideen und Vorschlägen der unterschiedlichen im Rahmen dieses Berichts durchgeführten empirischen Erhebungen sowie aus bereits bekannten wissenschaftlichen Erkenntnissen abgeleitet und richten sich neben dem Gremium von „Demokratie leben!“ auch an Politikerinnen und Politiker der Stadt sowie Beschäftigte der Stadtverwaltung.

Im Bereich **Transparenz** geht es darum, innerhalb politischer Parteien das Bewusstsein für Vielfalt und Repräsentativität zu stärken. Das heißt, Parteipolitikerinnen und Parteipolitiker könnten noch stärker versuchen, bisher in den lokal aktiven Parteien unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen für eine Parteimitgliedschaft zu gewinnen, darunter etwa Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen mit geringem sozioökonomischem Status. Dies könnte vor allem über Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie eine direkte Ansprache der betreffenden Personen funktionieren.

Informationen zur Stadtpolitik sollten neben etablierten Kommunikationsformen über leicht zugängliche Kanäle wie Apps oder die Sozialen Medien vermittelt werden. Damit werden Menschen angesprochen, die keine Zeitung lesen und keine sonstigen klassischen Informationsformate nutzen. Unter Umständen müssten zur Bewerbung von etwaigen Apps oder Social-Media-Kanälen Bezahlformate genutzt werden, um eine gewisse Reichweite zu

⁸² Bogumil, J. 2001: Neue Formen der Bürgerbeteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen – Kooperative Demokratie auf dem Vormarsch!? Vortrag Deutscher Städtetag, Kassel, 1.3.2001.

⁸³ Benighaus, C., Wachinger, G. & Renn, O. 2016: Bürgerbeteiligung. Konzepte und Lösungswege für die Praxis, Frankfurt a. M., Wolfgang Metzner Verlag.

⁸⁴ Klages, H. 2014: Entwicklungsperspektiven der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene, Wegweiser Bürgergesellschaft eNewsletter, 14.

⁸⁵ Patze-Diordiychuk, P. et al. 2020: Methodenhandbuch Bürgerbeteiligung, München, Bundeszentrale für politische Bildung.

⁸⁶ Roth, R. 2018: Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie, Stuttgart, Bundeszentrale für politische Bildung.

schaffen. Zudem wird empfohlen, professionelle Hilfe bei der Erstellung von Inhalten für Soziale Medien in Anspruch zu nehmen. Damit können die Inhalte stärker auf individuelle Zielgruppen und deren Bedarfe angepasst werden. Sowohl einzelne Politikerinnen und Politiker als auch Stadtgremien könnten so ihre Reichweite und Sichtbarkeit erhöhen. Durch Informationen und Kommunikation in „Einfacher Sprache“ lassen sich auch jene Bürgerinnen und Bürger einbeziehen, die bislang schwer erreichbar waren.

Politikerinnen und Politiker sollten zudem stärker mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen, beispielsweise in Quartieren, Schulen oder Einrichtungen. Konkret könnten Pflegeeinrichtungen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Jugendeinrichtungen, Familienstützpunkte, Kindertagesstätten und sonstige Einrichtungen besucht werden. Somit würde man direkt auf die Menschen zugehen, die proaktiv keine politischen Veranstaltungen besuchen können oder wollen. Konkret wären Bürgerdialoge vorstellbar, bei welchen sich einzelne Stadträtinnen und Stadträte dann vor Ort mit den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen austauschen, sie zu deren Bedarfen befragen und deren Ideen mit in den stadtpolitischen Entscheidungsprozess einfließen lassen.

Die **politische Bildung** sollte durch Wissensvermittlung zu Demokratie, Sozialen Medien und Fake News ausgebaut werden. Hier könnten gezielt Projekte innerhalb von „Demokratie leben!“ beitragen. Häufig kennen Bürgerinnen und Bürger ihre demokratischen Rechte nicht und wissen nicht, wie eine Beteiligung möglich ist. Hier könnten entsprechende Projekte, beispielsweise mit dem Ziel bestimmte Communities zu erreichen, erfolgsversprechend sein. Schulungen für Stadtverwaltung, Stadtpolitik und zivilgesellschaftliche Akteure können helfen, besser auf Diskriminierung, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit reagieren zu können. Diese Schulungen könnten seitens der Stadt kostenlos angeboten und bei den entsprechenden Zielgruppen beworben werden. Darüber hinaus gilt es, politisches Selbstbewusstsein von Bürgerinnen und Bürgern zu fördern und damit „Sozialkapital“ aufzubauen. Angesprochen werden könnten Bevölkerungsgruppen, die bisher kaum im lokalen politischen Diskurs aktiv sind, darunter häufig jüngere Menschen. Hier könnten Projekte innerhalb von „Demokratie leben!“ einen Beitrag leisten. Gleichzeitig sollte das Potenzial politischer Bildung an Schulen noch stärker ausgeschöpft werden.

Im Rahmen der Förderung des **zivilgesellschaftlichen Engagements** steht im Vordergrund, das Gemeinschaftsgefühl der Kaufbeurer Bevölkerung zu stärken. Stadtteilstunden unter aktiver Beteiligung der jeweiligen Bewohnerinnen und Bewohner könnten hier einen Beitrag leisten. Zudem fühlen sich viele Menschen einsam. Gezielte Projekte, die die Menschen zusammenbringen, können hier entgegenwirken und gleichzeitig dazu beitragen, dass Vorurteile abgebaut werden. Im Rahmen von Stadtteilstunden oder Projekten, die aktivierende Gemeinschaftsspiele für Kinder und Erwachsene anbieten, können Bewohnerinnen und Bewohner in Kontakt kommen. Dass Spielangebote das Potential haben, informelle Begegnungsräume zu schaffen und Gemeinschaftsgefühl entstehen zu lassen, wurde bereits empirisch bestätigt⁸⁷. Darüber hinaus könnten stärker solche Vereine und Gruppen für Demokratiethemen gewonnen werden, die bisher wenig Berührungspunkte damit hatten – etwa Feuerwehren, Musikvereine oder Sportvereine. Somit kann dem Anspruch gerecht werden, die breite Bevölkerung stärker in Demokratieprojekte zu integrieren. Gegebenenfalls werden so auch Demokratieskeptikerinnen und -skeptiker erreicht, die vermutlich in allen Gesellschaftsbereichen aktiv sind. Ebenso sind bisher migrantisch organisierte Vereine sowie Vereine aus dem konservativen und liberalen Lager kaum im Rahmen von „Demokratie leben!“

⁸⁷ Umstadtd Meyer, M. R. et al. 2021: The Effects of Play Streets on Social and Community Connectedness in Rural Communities, *International Journal of Environmental Research and Public Health*, 18(19), 9976.

aktiv. Diese sowie auch Vereine von Menschen mit Behinderung sollten gezielt eingebunden werden.

Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die unterschiedliche Zielgruppen direkt ansprechen, spielen dabei eine zentrale Rolle. Häufig gelingt es nur durch persönlichen Kontakt und ein „Sich-Kennen“ - so das Ergebnis aus Experteninterview und Workshop -, Menschen und Organisationen, die bisher nicht im Demokratienetzwerk aktiv sind, hierfür zu begeistern. Das Prinzip des „Sich-Kennen“ birgt also die große Chance, bestimmte Gruppen für Demokratieförderung zu gewinnen. Nichtsdestotrotz geht damit die Gefahr einher, dass lokale Netzwerke als in sich geschlossene Systeme wahrgenommen werden und dementsprechend agieren⁸⁸. Umso wichtiger ist es, Kontakt zu bisher nicht bekannten Vertreterinnen und Vertretern von Gruppen und Vereinen aufzunehmen und im ersten Schritt ein „Kennenlernen“ möglich zu machen. Per se können Projekte, die zum Ziel haben, den Austausch zwischen Menschen mit unterschiedlichen Herkunft oder Religionen zu fördern, einen wichtigen Beitrag leisten, um etwa Rassismus und Diskriminierung einzudämmen. Eine entsprechende Projektförderung innerhalb von „Demokratie leben!“ wäre gut vorstellbar.

Außerdem wird vorgeschlagen, kostenlose Fortbildungen für Vereine und Initiativen, die sich für Demokratie einsetzen, anzubieten. Inhaltlich können diese sich zum Beispiel den Themen Projektförderung, konkreten Projektideen oder Wissen zur Entstehung und Eindämmung von Extremismus widmen. Ein informelles Austauschformat für Vereine und Organisationen, die im Netzwerk zur Demokratieförderung in Kaufbeuren aktiv sind, könnte seitens der Stadt initiiert werden. Damit wird das Lernen von Erfahrungen anderer möglich und neue Impulse werden in die eigene Arbeit integriert. Darüber hinaus könnte auch die Zusammenarbeit zwischen in der Demokratiearbeit etablierten und dahingehend unerfahrenen Vereinen stärker gefördert werden. Gegebenenfalls gelingt es so, bisher unerschlossene Zielgruppen für Demokratieförderung zu erreichen.

Neben primären Präventionsmaßnahmen, sollten sekundäre Präventionsmaßnahmen stärker zum Tragen kommen. Das heißt, Menschen, die bereits ein hohes Maß an Demokratieskepsis aufweisen und solche, die potenziell gefährdet für eine Radikalisierung sind, sollten im Rahmen von durch „Demokratie leben!“ geförderten Projekten stärker in den Blick genommen werden. Auch wenn deren Erreichbarkeit als Zielgruppe mitunter eine große Hürde darstellen kann, sollte ein Versuch dahingehend unternommen werden. Das Ansetzen bei Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie bei Einrichtungen stellt hier eine mögliche erfolgsversprechende Strategie dar.

Des Weiteren könnten bereits fertig entwickelte Demokratieprojekte von bundes- oder landesweit agierenden Akteuren angefordert, lokal in Kaufbeuren bereitgestellt und Netzwerkpartnern zur Umsetzung angeboten werden. Unterschiedliche zentrale Stellen bieten solche Projekte an, darunter etwa die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE)⁸⁹. Diese Stelle offeriert kostenlose Workshops und Beratungen, unter anderem für Kommunen, Vereine oder Schulen. Auch die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung haben lokal umsetzbare Angebote zur Demokratieförderung in ihrem Portfolio. Das ISB bietet bereits erarbeitete Inhalte für Schulen an⁹⁰. Häufig sind die zeitlichen Ressourcen in Schulen knapp. Gleiches gilt für Vereine, die primär ehrenamtlich getragen werden. Umso sinnvoller scheint es, diese Akteure bestmöglich zu unterstützen und ihnen mit der Bereitstellung von Projektideen und -methoden so viel Arbeit wie möglich abzunehmen.

⁸⁸ Fischer, Lisa 2021: Street-Level Bureaucrats Impact on the Emergence of Local Governance Networks, Springer VS, Wiesbaden.

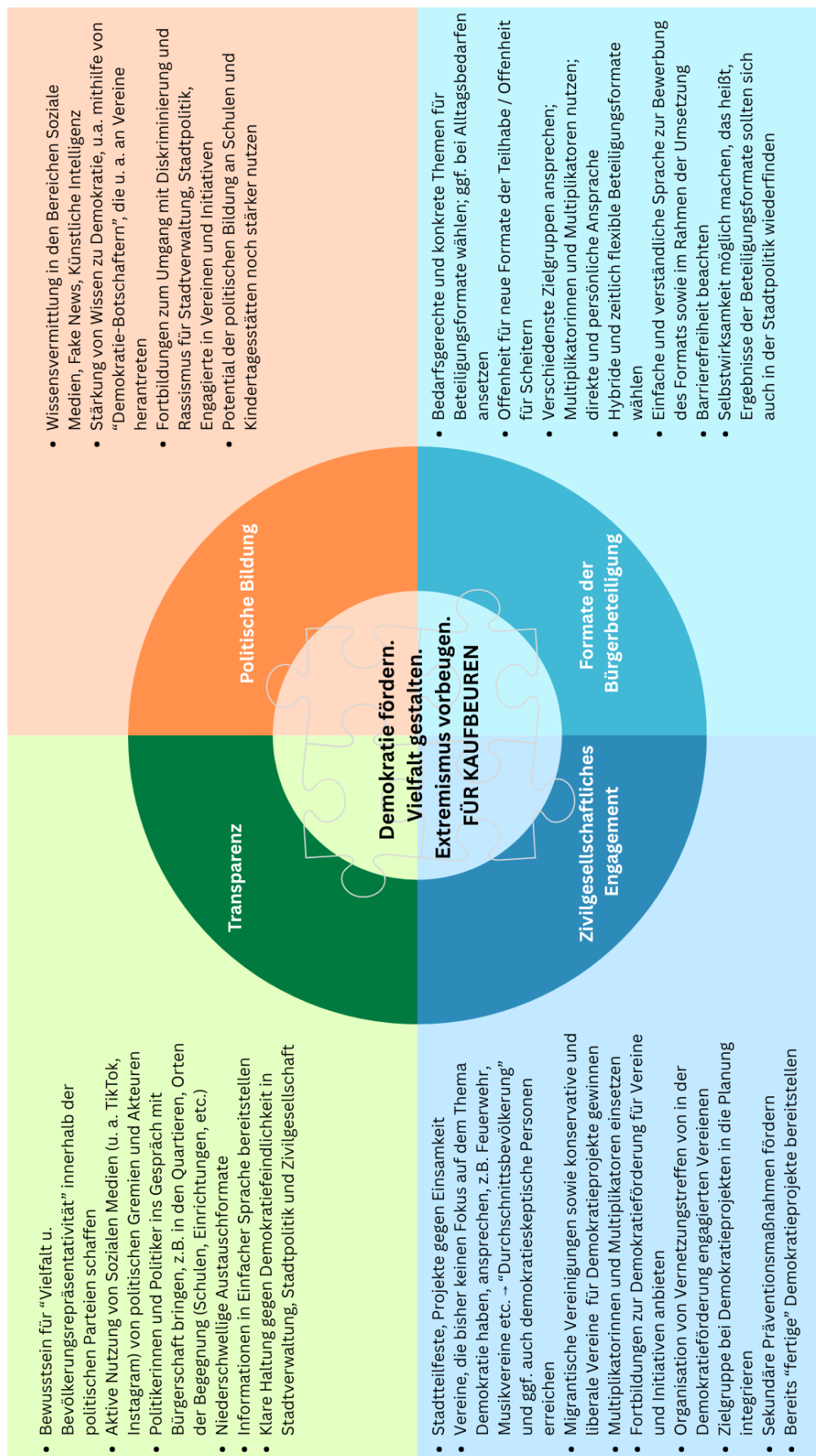
⁸⁹ <https://www.bige.bayern.de/>

⁹⁰ <https://www.isb.bayern.de/>

Schließlich sollten **Formate der Bürgerbeteiligung** bedarfsorientiert und konkret ausgestaltet werden. Dazu gehören flexible, hybride Formate sowie die Berücksichtigung von Alltagsthemen. Um unterschiedliche Zielgruppen zu gewinnen, kommt Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wiederum eine zentrale Rolle zu. Neben einer verständlichen Sprache sowie guter und zielgruppenorientierter Bewerbung der Teilhabemöglichkeiten ist die Barrierefreiheit ein wichtiges Kriterium. Diese gilt sowohl im räumlichen Sinne, als auch im übertragenen Sinne: Um Menschen, die kaum oder gar nicht Deutsch sprechen, besser zu integrieren, könnten KI-gestützte Übersetzungsprogramme genutzt werden, die simultan das Gesprochene in andere Sprachen auf eine Leinwand projizieren. Zudem sollte eine Offenheit für neue Beteiligungsformen ebenso wie für deren mögliches Scheitern herrschen. Es müssten demnach unterschiedliche Formate getestet werden, um zu wissen, was zu Kaufbeuren und seiner Bevölkerung passt und was nicht. Konkret könnte etwa eine Stadt-App eingesetzt werden, die sowohl zur Informationsweitergabe dient als auch unterschiedliche Teilhabeoptionen bereitstellt.

Insgesamt zeigt Abbildung 17 Ideen, die Transparenz, Bildung, Engagement und Partizipation miteinander verknüpfen, um demokratische Strukturen zu stärken, Vielfalt sichtbar zu machen und extremistischen Tendenzen entgegenzuwirken. Sie können als Basis für das Bündnis von „Demokratie leben!“ dienen, um neue Konzepte für Kaufbeuren zu entwickeln. Einige der genannten Ideen sind mit organisatorischem, personellem und finanziellem Aufwand verbunden. Hier müsste seitens städtischer Entscheidungsträger die grundsätzliche Bereitschaft bestehen, diese Aufwände tatsächlich aufzubringen.

Abbildung 17: Zusammenfassung konkreter Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Demokratie in Kaufbeuren



Quelle: Eigene Darstellung.

7. Zusammenfassung

Ziel des vorliegenden Berichts war die Erstellung einer Situations- und Ressourcenanalyse zum Stand der Demokratie und der Demokratieförderung in Kaufbeuren. Konkret wurde erarbeitet, inwiefern es aktuell Probleme und Herausforderungen für die Demokratie in Kaufbeuren gibt. Zudem wurde dargestellt, welche Ressourcen aus Zivilgesellschaft und Kommune zur Stärkung der Demokratie vorhanden sind. Ergänzend wurden Empfehlungen erstellt, um auch künftig eine funktionierende und wehrhafte lokale Demokratie für Kaufbeuren zu sichern.

Die theoretische Fundierung des Berichts in Kapitel 2 illustrierte, dass die individuelle Zufriedenheit mit Demokratie und das politische Handeln von unterschiedlichen Faktoren auf individueller, regionaler und überregionaler Ebene abhängen. Auf Individualebene prägen vor allem die Wahrnehmung des Zustands der Demokratie, die eigene Selbstwahrnehmung innerhalb dieser, der sozioökonomische Status, die soziale Einbettung sowie individuelle Einstellungen demokratiestützende- bzw. gefährdende Einstellungen und Handlungen. Auf regionaler und überregionaler Ebene sind es kulturelle, sozioökonomische und politische Bedingungen, die Einfluss auf die Einstellungen Einzelner haben. Exemplarisch zeigt sich etwa, dass die Wahrnehmung der allgemeinen Wirtschaftslage einen stärkeren Effekt auf die Zufriedenheit mit der Demokratie aufweist als die eigene wirtschaftliche Lage.

Um herauszufinden, wie die Lage der Demokratie in Kaufbeuren ist und, um Empfehlungen zur künftigen Demokratieförderung geben zu können, wurden unterschiedliche wissenschaftliche Methoden angewandt, die in Kapitel 3 beschrieben wurden. Darunter qualitative und quantitative Forschungsmethoden. Konkret wurden ein informelles Gespräch mit der örtlichen Polizei sowie ein Experteninterview mit einem Beschäftigten der Koordinierungs- und Fachstelle von „Demokratie leben!“ geführt. Zusätzlich fand ein Workshop mit Verwaltungsmitarbeitenden sowie Vertreterinnen und Vertretern der Kaufbeurer Zivilgesellschaft statt. Ergänzend wurden zwei Online-Befragungen durchgeführt.

In Kapitel 4 zur Analyse der Ist-Situation und zur Darstellung von Problemen und Herausforderungen in Kaufbeuren wurde gezeigt, dass die Anzahl politisch motivierter Straftaten in Kaufbeuren im Vergleich zu anderen deutschen Städten noch auf einem moderaten Niveau ist. Dennoch gab es in den vergangenen Jahren eine Zunahme, insbesondere im Bereich Propaganda- und Volksverhetzungsdelikte. Dem Bereich PMK „Rechts“ lassen sich 2023 siebzehn Fälle und 2024 dreizehn Fälle zuordnen. Neben konkreten Straftaten werden vermehrt demokratiefeindliche und diskriminierende Äußerungen wahrgenommen. Davon berichten sowohl die Teilnehmenden des Workshops als auch die befragten Netzwerkpartner, Verwaltungsbeschäftigte, Stadträtinnen und Stadträte und in der Sozialarbeit Beschäftigten. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erleben 45,5 Prozent der befragten Netzwerkpartner „sehr oft“ oder „oft“. Insgesamt knapp 37 Prozent erleben dies „manchmal“. Bei den Befragten aus Politik, Verwaltung und Sozialarbeit ist das Niveau etwas geringer: 22,7 Prozent begegnet Rassismus und Fremdenfeindlichkeit „sehr oft“ oder „oft“, 45,5 Prozent „manchmal“.

Der Relevanzzuwachs Sozialer Medien, die Entfremdung zwischen Politik und Bürgerschaft, soziale und wirtschaftliche Unsicherheiten gelten neben diversen anderen gesellschaftlichen Entwicklungen als Ursachen für die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass - wenn auch auf niedrigem Niveau - politisch motivierte und damit demokratiegefährdende Straftaten in Kaufbeuren stattfinden. Demokratiefeindliche, rassistische und diskriminierende Äußerungen treten jedoch, so die Erkenntnisse aus dem

Workshop sowie den Online-Befragungen, sehr häufig auf. Ein Bedarf an Demokratieförderung scheint eindeutig gegeben.

Kapitel 5 analysierte die Ressourcen, Bedarfe und Potenziale der Demokratieförderung. Dabei zeigte sich, dass es in Kaufbeuren bereits eine aktive Zivilgesellschaft gibt, die sich für die Stärkung der Demokratie engagiert: Innerhalb und außerhalb von „Demokratie leben!“. Bereits seit 2015 nimmt Kaufbeuren am Programm „Demokratie leben!“ teil. Bisherige Projekte haben sich häufig mit allgemeinen Demokratiethemen beschäftigt. Auch der Aspekt Geschlechtervielfalt war bisher sehr präsent. Hinsichtlich der Zielgruppen, die mit den Projekten erreicht werden konnten, zeigt sich eine Häufung bei jungen Menschen. Keiner der befragten Netzwerkpartner gab an, dass mit den bisherigen Projekten speziell Menschen angesprochen wurden, die bereits eine Tendenz zu Rassismus, Extremismus, Frauen- oder Queerfeindlichkeit aufweisen. Gerne hätten die Netzwerkpartner diese Zielgruppe besser erreicht. Seitens der Stadtverwaltung Kaufbeuren sind verschiedene Ämter in der Demokratieförderung aktiv.

Im Rahmen der Befragung von Stadtverwaltung, Stadtpolitik und Sozialarbeit hat sich gezeigt, dass knapp 91 Prozent der Befragten es als „sehr wichtig“ oder „wichtig“ empfinden, die Demokratie in Kaufbeuren zu stärken. Eine Fortbildung zum Thema "Wie reagiere ich auf Demokratiefeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung?" für Beschäftigte der Stadtverwaltung, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie für Stadträtinnen und -räte in Kaufbeuren befürworten knapp 62 Prozent der Befragten. Zur weiteren Stärkung der Demokratiearbeit in Kaufbeuren, wünschen sich knapp 30 Prozent der befragten Netzwerkpartner mehr Beratung zur konkreten Umsetzung von Demokratieförderprojekten.

Insgesamt verfügt die Stadt Kaufbeuren neben der Teilnahme am Programm „Demokratie leben!“ über weitere politische Teilhabemechanismen, die das Potenzial zur Stärkung der örtlichen Demokratie aufweisen, darunter sogenannte Bürgerworkshops sowie das Jugendforum, welches vor allem junge Menschen zur Teilhabe einlädt. Darüber hinaus sind diverse weitere Teilhabemöglichkeiten vorstellbar, um Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichen Hintergründen und Lebenslagen in die Stadtpolitik zu integrieren. Hybride Teilnahmeformate, die sowohl Online- als auch Präsenzpartizipation ermöglichen, eine Stadt-App oder die verstärkte Verwendung von Einfacher Sprache stellen nur eine Auswahl dar.

In Kapitel 6 wurden aus den bisherigen Erkenntnissen ableitbare Empfehlungen zur Stärkung der Demokratie aufgezeigt. Diese beziehen sich auf die Bereiche Transparenz, politische Bildung, zivilgesellschaftliches Engagement sowie Formate der Bürgerbeteiligung und bieten damit Anregungen für das Bündnis von „Demokratie leben!“ und die Koordinierungs- und Fachstelle, für Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung sowie für in Kaufbeuren aktive Politikerinnen und Politiker. Unter anderem wird vorgeschlagen, Kommunikationswege zwischen Stadt und Bürgerschaft so zu verändern, dass möglichst viele von aktuellen politischen Debatten erfahren und gegebenenfalls auch an diesen partizipieren können. Die vermehrte und professionalisierte Nutzung von sozialen Medien kann hierfür ein Baustein sein. Darüber hinaus werden eine Ausweitung politischer Bildung an Schulen, die Integration von bisher nicht im Demokratienetzwerk aktiven Vereinen in dieses, mehr Vernetzungstreffen und Fortbildungen im Bereich Demokratieförderung sowie die stärkere Einbindung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Erreichung von bisher unterrepräsentierten Zielgruppen empfohlen. Insbesondere migrantische, liberale und konservative Vereine sind bis dato unterrepräsentiert und sollten stärker ins Netzwerk der Demokratieförderung in Kaufbeuren integriert werden.

Zusammenfassend bleibt die Erkenntnis, dass Kaufbeuren in Zukunft eine starke, lokal verankerte Demokratieförderung braucht – sowohl im Rahmen von „Demokratie leben!“ als auch darüber hinaus. Deutschland steht aktuell vor weitreichenden gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen, die Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft betreffen: Dazu zählen die Integration von Geflüchteten, die demografische Veränderung durch eine alternde Bevölkerung sowie die digitalen Transformationen, die neue Chancen, aber auch Risiken für Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe mit sich bringen. Gleichzeitig nimmt die gesellschaftliche Polarisierung, verstärkt durch Debatten über Klima-, Energie- und Sozialpolitik, zu⁹¹. Dadurch wird der Zusammenhalt in der Demokratie auf die Probe gestellt. Gerade auf lokaler Ebene sind deshalb kooperative Lösungen, politische Bildung und bürgerschaftliches Engagement entscheidend, um den Zusammenhalt der Gemeinschaft zu stärken und demokratische Werte im Alltag erlebbar zu machen.

⁹¹ <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2024.html>;
<https://www.gim-sozialforschung.com/en/publikationen/gesellschaftlicher-zusammenhalt-und-polarisierung.html>

8. Anhang

Anhang A1: Fragebogen der Netzwirkbefragung

1. Einführungstext

Liebe Netzwerkpartnerinnen und -partner von Demokratie leben!,
liebe Vertreterinnen und Vertreter von Kaufbeurer Vereinen und Initiativen,

vielen Dank, dass Sie an unserer Online-Befragung teilnehmen.
Wir möchten damit mehr von Ihren Erfahrungen und Projekten im Bereich der Demokratieförderung lernen. Die Ergebnisse werden Teil der Ist- und Ressourcenanalyse zum Stand der Demokratie und der Demokratieförderung in Kaufbeuren. Die Hochschule Kempten wurde von der Stadt Kaufbeuren mit der Erstellung dieser Analyse beauftragt, welche im Rahmen der Umsetzung des Förderprogramms "Demokratie leben!" des BMBFSFJ durchgeführt wird.

Die Befragung ist anonym. Die Antworten werden auf dem hochschuleigenen Server bis zum Schluss der Auswertung gespeichert und anschließend gelöscht.

Sie brauchen für den Fragebogen circa 10 Minuten.
In dem Sie auf "Weiter" klicken und die Fragen beantworten, erklären Sie sich mit der Art der Verwendung Ihrer Antworten einverstanden.

Vielen Dank fürs Mitmachen!

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**

2. Fragen zu Ihrer Organisation bzw. zu Ihrem Verein

- 2.1 Wie viele Projekte zur Demokratieförderung haben Sie bereits durchgeführt? ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3
☐ 4 ☐ mehr als 4
- 2.2 Und wie viele Projekte zur Demokratieförderung haben Sie durchgeführt, die im Rahmen von "Demokratie leben!" gefördert wurden? ☐ 0 ☐ 1 ☐ 2
☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 4
- 2.3 Wie lässt sich Ihre Organisation beschreiben? ☐ Öffentliche Verwaltung ☐ Schule ☐ Verein / zivilgesellschaftliche Organisation
☐ Jugendorganisation ☐ Sonstiges

3. Fragen zur Demokratieförderung innerhalb Ihrer Organisation bzw. Ihres Vereins

- 3.1 Welche Ziele verfolgte Ihr Projekt bzw. Ihre Projekte zur Demokratieförderung? (Mehrfachnennung möglich)
- | | | |
|--|--|---|
| ☐ Mitbestimmung lernen und konkret erfahrbar machen | ☐ Selbstbewusstsein stärken, um politische Teilhabe möglich zu machen | ☐ Politisches Interesse wecken |
| ☐ Wissen über Demokratie verbreiten | ☐ Kulturelle Kompetenz schaffen | ☐ Diskriminierung verhindern |
| ☐ Rassismus verhindern | ☐ (Extremistische) Gewalt verhindern | ☐ Wissen zu Geschlechtervielfalt stärken |
| ☐ Sonstige Ziele | | |
- 3.2 Wie viele Bürgerinnen und Bürger aus Kaufbeuren waren an Ihren bisherigen Projekten zur Demokratieförderung insgesamt beteiligt? ☐ 1-20 ☐ 21-60 ☐ 61-150
☐ 151-200 ☐ 201-500 ☐ mehr als 500

3. Fragen zur Demokratieförderung innerhalb Ihrer Organisation bzw. Ihres Vereins [Fortsetzung]

- 3.3 Wie lassen sich die Teilnehmenden Ihrer bisherigen Projekte beschreiben? (Mehrfachnennung möglich, v.a. auch, wenn bereits mehrere Projekte durchgeführt wurden)
- | | | |
|---|--|---|
| ☐ V.a. junge Menschen | ☐ V.a. ältere Menschen | ☐ V.a. Menschen mit geringem sozioökonomischen Status |
| ☐ V.a. Menschen mit hohem sozioökonomischen Status | ☐ V.a. Menschen mit Migrationshintergrund | ☐ V.a. Menschen, die eine Tendenz zu Rassismus, Extremismus, Frauen- oder Queerfeindlichkeit aufweisen |
| ☐ V.a. Menschen, die mit der Demokratie aktuell unzufrieden sind | ☐ Keine eindeutige Zuschreibung möglich | |
- 3.4 Haben Sie während der Projektumsetzung aufgrund der Projektziele Kritik erlebt oder sogar Gewalt (-androhungen)?
- | | | |
|-------------------------------------|--|--|
| ☐ Ja, Kritik | ☐ Ja, Gewaltandrohungen | ☐ Ja, tatsächliche Gewalt |
| ☐ Nein | | |
- 3.5 Als wie erfolgreich hinsichtlich Demokratieförderung haben Sie Ihr bisheriges Projekt bzw. Ihre bisherigen Projekte wahrgenommen?
- | | | |
|--|--|--|
| ☐ Sehr erfolgreich | ☐ Erfolgreich | ☐ Wenig erfolgreich |
| ☐ Gar nicht erfolgreich | ☐ Teils / teils (je nach Projekt) | |
- 3.6 Haben Sie bei den Teilnehmenden der bisherigen Projekte konkretes Feedback zum Projekt eingeholt?
- | | |
|-----------------------------|-------------------------------|
| ☐ Ja | ☐ Nein |
|-----------------------------|-------------------------------|
- 3.7 Wenn ja, wie zufrieden waren die Teilnehmenden mit dem Projekt bzw. den Projekten?
- | | | |
|--|--|--|
| ☐ Sehr zufrieden | ☐ Zufrieden | ☐ Wenig zufrieden |
| ☐ Nicht zufrieden | ☐ Teils / teils (je nach Projekt) | |
- 3.8 Hätten Sie bei bisherigen Projekten zur Förderung von Demokratie gerne bestimmte Zielgruppen erreicht, die Sie nicht erreichen konnten? (Mehrfachnennung möglich)
- | | | |
|---|--|---|
| ☐ Ja, wir hätten gerne mehr junge Menschen erreicht | ☐ Ja, wir hätten gerne mehr alte Menschen erreicht | ☐ Ja, wir hätten gerne mehr Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status erreicht |
| ☐ Ja, wir hätten gerne mehr Menschen mit hohem sozioökonomischen Status erreicht | ☐ Ja, wir hätten gerne mehr Menschen mit Migrationshintergrund erreicht | ☐ Ja, wir hätten gerne mehr Menschen erreicht, die unzufrieden mit unserer Demokratie sind |
| ☐ Ja, wir hätten gerne mehr Menschen erreicht, die bereits Tendenzen zu Rassismus, Extremismus, Frauen- oder Queerfeindlichkeit zeigen | ☐ Nein, die, die wir erreichen wollten, haben wir erreicht | |
- 3.9 Was würden Sie sich in Zukunft wünschen, um Projekte zur Demokratieförderung weiterhin gut umsetzen zu können? (Mehrfachnennung möglich)
- | | | |
|--|---|--|
| ☐ Fortbildungen zum Thema Demokratieförderung | ☐ Beratung zur konkreten Umsetzung von Demokratieförderprojekten | ☐ Mehr Austauschtreffen von Vereinen und Initiativen zum Thema Demokratieförderung auf regionaler Ebene |
| ☐ Austauschtreffen zum Thema Demokratieförderung auf überregionaler Ebene | | |
- 3.10 Gibt es sonstige Anregungen, wie Sie als Organisation oder Verein bei der Umsetzung von demokratiefördernden Projekten von der Kommune oder sonstigen öffentlichen Stellen besser unterstützt werden könnten?
-

4. Fragen zur Demokratie in Kaufbeuren allgemein

- 4.1 Wie zufrieden sind die Bürgerinnen und Bürger aus Kaufbeuren mit der Demokratie vor Ort und darüber hinaus? Wie schätzen Sie dies gemäß Ihrer Erfahrungen ein?
- | | | |
|--|--|--|
| ☐ Sehr zufrieden | ☐ Zufrieden | ☐ Teils / teils |
| ☐ Wenig zufrieden | ☐ Gar nicht zufrieden | ☐ Weiß nicht |

4. Fragen zur Demokratie in Kaufbeuren allgemein [Fortsetzung]

- 4.2 Wie schätzen Sie die Demokratiezufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger aus Kaufbeuren im Vergleich zu anderen Bayerischen Kommunen und Landkreisen ein?
- ☐ Höher ☐ Gleich ☐ Niedriger
☐ Weiß nicht

Im Folgenden möchten wir erfahren, wie oft Ihnen die nachfolgenden Situationen in Ihrem Engagement im Austausch mit Kaufbeurer Bürgerinnen und Bürgern begegnen?

- | | sehr oft | oft | manchmal | selten | nie |
|---|--|--|--|--------------------------|--------------------------|
| 4.3 Jemand äußert sich demokratiefeindlich, z.B., dass eine Diktatur die bessere Regierungsform sei. | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| 4.4 Jemand äußert sich fremdenfeindlich oder rassistisch. | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| 4.5 Jemand äußert sich frauenfeindlich. | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| 4.6 Jemand äußert sich queerfeindlich, z.B. feindlich gegenüber Homosexuellen. | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| 4.7 Wenn Ihnen im Rahmen Ihres Engagements Demokratiefeindlichkeit, Extremismus oder diskriminierendes Verhalten begegnen, in welcher Form? | | | | | |
| ☐ Mündlich | ☐ Schriftlich (per Mail oder Brief) | | ☐ In Verbindung mit Drohungen | | |
| ☐ In Verbindung mit konkreten Handlungen (z.B. Schmierereien oder Sonstiges) | ☐ Kommt nicht vor | | | | |
| 4.8 Wie ist Ihre Einschätzung für die nächsten Jahre hinsichtlich der Zufriedenheit der Kaufbeurer Bevölkerung mit der Demokratie? | ☐ Zufriedenheit wird mehr | ☐ Zufriedenheit bleibt gleich | ☐ Zufriedenheit wird weniger | | |
| 4.9 Welche aktuelle Entwicklung halten Sie für die größte Gefahr für unsere Demokratie? | | | | | |
| ☐ Erstarken populistischer Parteien | ☐ Einflussnahme aus dem Ausland | ☐ Relevanzzuwachs sozialer Medien | | | |
| ☐ Zunehmende Radikalisierung | ☐ Entfremdung zwischen Politik und Bürgerschaft | ☐ Keine Gefahr | | | |
| 4.10 Welche sonstigen Entwicklungen halten Sie für eine große Gefahr für unsere Demokratie? | | | | | |

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Anhang A2: Fragebogen der Befragung Verwaltung & Politik

1. Einführungstext

Liebe Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung, Sozialarbeit oder Politik in Kaufbeuren,

vielen Dank, dass Sie an unserer Online-Befragung teilnehmen.

Man kann Ihre Position als Bindeglied zwischen Staat/Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern in Kaufbeuren wahrnehmen. Wir möchten mit dieser Befragung von Ihren Erfahrungen in dieser Position lernen. Insbesondere interessiert uns, wie Sie die Demokratiezufriedenheit der Kaufbeurer Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen und wie Sie Ideen zur Stärkung der Demokratie bewerten. Die Ergebnisse werden Teil der Ist- und Ressourcenanalyse zum Stand der Demokratie und der Demokratieförderung in Kaufbeuren. Die Hochschule Kempten wurde von der Stadt Kaufbeuren mit der Erstellung dieser Analyse beauftragt, welche im Rahmen der Umsetzung des Förderprogramms "Demokratie leben!" des BMBFSFJ durchgeführt wird.

Die Befragung ist anonym. Die Antworten werden auf dem hochschuleigenen Server bis zum Schluss der Auswertung gespeichert und anschließend gelöscht.

Sie brauchen für den Fragebogen höchstens 5-10 Minuten.

In dem Sie auf "Weiter" klicken und die Fragen beantworten, erklären Sie sich mit der Art der Verwendung Ihrer Antworten einverstanden.

Vielen Dank fürs Mitmachen!

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**

2. Fragen zu Ihrer Tätigkeit

- 2.1 Wie lässt sich Ihr Tätigkeitsfeld zuordnen?
- | | | |
|---|--|--|
| ☐ Beschäftigt in der Stadtverwaltung | ☐ Tätigkeit als Stadtrat / Stadträtin | ☐ Beschäftigt in der Sozialarbeit / Quartiersmanagement |
| ☐ Sonstige Tätigkeit | | |
- 2.2 Wie lange haben Sie diese Tätigkeit bereits inne?
- | | | |
|--|--|---|
| ☐ 0 bis unter 3 Jahre | ☐ 3 bis unter 5 Jahre | ☐ 5 bis unter 10 Jahre |
| ☐ mehr als 10 Jahre | | |

3. Fragen zur Wahrnehmung der Demokratiezufriedenheit von Kaufbeurer Bürgerinnen und Bürger

- 3.1 Wie zufrieden sind die Bürgerinnen und Bürger aus Kaufbeuren mit der Demokratie vor Ort und darüber hinaus? Wie schätzen Sie dies gemäß Ihrer Erfahrungen ein?
- | | | |
|--|--|--|
| ☐ Sehr zufrieden | ☐ Zufrieden | ☐ Teils / teils |
| ☐ Wenig zufrieden | ☐ Gar nicht zufrieden | ☐ Weiß nicht |
- 3.2 Wie schätzen Sie die Demokratiezufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger aus Kaufbeuren im Vergleich zu anderen Bayerischen Kommunen und Landkreisen ein?
- | | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|------------------------------------|
| ☐ Höher | ☐ Gleich | ☐ Niedriger |
| ☐ Weiß nicht | | |

Im Folgenden möchten wir erfahren, wie oft Ihnen die nachfolgenden Situationen in Ihrem Tätigkeitsfeld im Austausch mit Kaufbeurer Bürgerinnen und Bürgern begegnen?

- | | sehr oft | oft | manchmal | selten | nie |
|--|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| 3.3 Jemand äußert sich demokratiefeindlich, z.B., dass eine Diktatur die bessere Regierungsform sei. | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| 3.4 Jemand äußert sich fremdenfeindlich oder rassistisch. | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |

3. Fragen zur Wahrnehmung der Demokratiezufriedenheit von Kaufbeurer Bürgerinnen und Bürger [Fortsetzung]

- 3.5 Jemand äußert sich frauenfeindlich. ☐ ☐ ☐ ☐ ☐
- 3.6 Jemand äußert sich queerfeindlich, z.B. feindlich gegenüber Homosexuellen. ☐ ☐ ☐ ☐ ☐
- 3.7 Wenn Ihnen im Rahmen Ihrer Tätigkeit Demokratiefeindlichkeit, Extremismus oder diskriminierendes Verhalten begegnet, in welcher Form? (Mehrfachnennung möglich)
- ☐ Mündlich ☐ Schriftlich (per Mail oder Brief) ☐ In Verbindung mit Drohungen
- ☐ In Verbindung mit konkreten Handlungen (z.B. Schmierereien o. Sonstiges) ☐ Kommt nicht vor
- 3.8 Wie ist Ihre Einschätzung für die nächsten Jahre hinsichtlich der Zufriedenheit der Kaufbeurer Bevölkerung mit der Demokratie? ☐ Zufriedenheit wird mehr ☐ Zufriedenheit bleibt gleich ☐ Zufriedenheit wird weniger

4. Fragen zur Stärkung der Demokratie

- 4.1 Wie wichtig finden Sie es persönlich, die Demokratie in Kaufbeuren zu stärken?
- sehr wichtig ☐ wichtig ☐ teils / teils ☐ nicht so wichtig ☐ gar nicht wichtig ☐
- 4.2 Wie wichtig finden Sie es, dass Sie, innerhalb Ihres Tätigkeitsfelds in Kaufbeuren, Möglichkeiten der Demokratieförderung selbst nutzen (z.B. in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern)?
- ☐ ☐ ☐ ☐ ☐
- 4.3 Wenn Ihnen im Rahmen Ihrer Tätigkeit Demokratiefeindlichkeit, Extremismus oder Diskriminierung begegnet, wie leicht fällt es Ihnen darauf zu reagieren und die richtigen Worte zu finden?
- sehr leicht ☐ leicht ☐ teils / teils ☐ schwer ☐ sehr schwer ☐
- 4.4 In Bezug auf die oben genannte Situation: Haben Sie das Gefühl, Sie können mit Ihren Worten etwas verändern?
- ja, immer ☐ ja, manchmal ☐ teils / teils ☐ nein, kaum ☐ nein, nie ☐
- Wie schätzen Sie das Potenzial folgender Ideen ein, um die Demokratie in Kaufbeuren zu stärken?
- 4.5 Projekte von Vereinen und sonstigen Initiativen zur Demokratieförderung
- sehr gut ☐ gut ☐ teils / teils ☐ schlecht ☐ sehr schlecht ☐
- 4.6 Projekte von Schulen, Berufsschulen und Hochschulen zur Demokratieförderung
- ☐ ☐ ☐ ☐ ☐
- 4.7 Projekte der Stadt Kaufbeuren zur Demokratieförderung
- ☐ ☐ ☐ ☐ ☐
- 4.8 Fortbildungen zum Thema "Wie reagiere ich auf Demokratiefeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung?" für Beschäftigte der Stadtverwaltung, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie für Stadträtinnen und -räte in Kaufbeuren
- ☐ ☐ ☐ ☐ ☐
- 4.9 Mehr Gelegenheiten für Bürgerinnen und Bürger zum direkten Dialog mit Politikerinnen und Politikern aus Kaufbeuren, u.a. mit Stadträtinnen und Stadträten
- ☐ ☐ ☐ ☐ ☐

4. Fragen zur Stärkung der Demokratie [Fortsetzung]

- | | | | | | |
|--|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| 4.10 Mehr Formate der Bürgerbeteiligung (z.B. Bürgerdialoge, Stadtteilversammlungen u. Ähnliches) | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| 4.11 Verstärkte Aktivität der Stadtverwaltung auf Social-Media-Kanälen, z.B. Instagram oder TikTok | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| 4.12 Verstärkte Aktivität von Lokalpolitikerinnen und -politikern auf Social-Media-Kanälen, z.B. Instagram oder TikTok | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| 4.13 Aktives Zugehen auf Kaufbeurer Vereine und Organisationen, die bisher nicht in der Demokratieförderung aktiv sind und für ein Engagement im Bereich Demokratieförderung, Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung werben | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |

4.14 Haben Sie sonstige Ideen, wie die Demokratie in Kaufbeuren gefördert werden kann?

4.15 Welche aktuelle Entwicklung halten Sie für die größte Gefahr für unsere Demokratie?

- | | | |
|--|--|--|
| ☐ Erstarken populistischer Parteien | ☐ Einflussnahme aus dem Ausland | ☐ Relevanzzuwachs Sozialer Medien |
| ☐ Zunehmende Radikalisierung | ☐ Entfremdung zwischen Politik und Bürgerschaft | ☐ Keine Gefahr |

4.16 Welche sonstigen Entwicklungen halten Sie für eine große Gefahr für die Demokratie?

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Anhang A3: Ergebnisse aus dem Workshop vom Juli 2025 mit Vertreterinnen und Vertretern der öffentlichen Verwaltung sowie mit bisherigen Netzwerkpartnern von „Demokratie leben!“

Wie können Projekte der Demokratieförderung „inklusiv“ gestaltet werden? Wie erreiche ich „schwer erreichbare“ Einzelpersonen, Gruppen oder Vereine?



Direkte Ansprache & Netzwerke

Die Teilnehmenden betonten, dass direkte Ansprache und der Aufbau von Netzwerken entscheidend sind. Ebenso wichtig sei es, bestehende Netzwerke zu verbinden und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wie engagierte Vereine einzubeziehen.



Zugang & Teilhabe

Damit Projekte wirklich inklusiv wirken, müssen Zielgruppen bereits bei der Planung berücksichtigt werden. Projektanträge sollten für alle zugänglich sein und die Umsetzung partizipativ gestaltet werden. Auch das bewusste Wagnis, Inklusion politisch zu leben, wurde hervorgehoben.



Bildung & Frühe Förderung

Ein zentraler Ansatz ist die frühe Ansprache über Schulen. Aktionen mit Grundschulklassen und die Einbindung des frühpädagogischen Bereichs wurden als wichtige Schritte genannt, um langfristig Teilhabe und Demokratieverständnis zu fördern.

Welche Ideen gibt es, um die Demokratie vor Ort zu stärken?



Partizipation & Bürgerbeteiligung: Einbindung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen; Bürgerräte; Bürgerbeteiligung in den Bereichen Klimaschutz und Integration fördern; Selbstwirksamkeit stärken



Vorbildfunktion & Politik zum Anfassen: Politik aktiv vorleben; Vorbildrolle übernehmen; Beteiligung sichtbar machen



Niedrigschwellige Zugänge & soziale Infrastruktur: Angebote leicht zugänglich gestalten; soziale Infrastruktur vor Ort ausbauen; Projekte gegen Einsamkeit



Demokratie-Botschafter & Bildung: Botschafter zur Aufklärung über Demokratie und Demokratieförderung in Vereinen; Kinder-Uni; Schüleraustausch für Perspektivenwechsel; Demokratieförderung durch Projekte



Öffentlichkeitsarbeit & Transparenz: Politische Veranstaltungen; Kommunikation der Ergebnisse; Widerspruch gegen Demokratiefeindlichkeit; Öffentlichkeitsarbeit

Was brauchen Vereine und Initiativen?



Was kann die Kommune leisten?



Welche überregionalen Hilfestellungen?



Was zeichnet gute Projekte und kommunale Prozesse im Sinne der Demokratieförderung aus und wie lässt sich ihr Erfolg messen?



Hinweis: Die Inhalte dieser Abbildungen stammen von den Teilnehmenden des Workshops. Die Inhalte wurden von der Autorin des Berichts nicht wissenschaftlich geprüft.